

Interne Studien Nr. 101/1995

**Das Konfliktpotential im Maghreb -
Der Nachbar Europas zwischen
Islamismus, Fortschritt und Migration**
Daniela Neuenfeld-Zvolsky

Sankt Augustin, März 1995

ISBN 3-930163-63-2

Interne Studien

Nr. 101/1995

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Bereich Forschung und Beratung

Daniela Neuenfeld-Zvolsky

Das Konfliktpotential im Maghreb - Der Nachbar Europas zwischen Islamismus, Fortschritt und Migration

Redaktion: Martin Hoch
Jutta-B. Böhle-Joester

Inhalt

Zusammenfassung	7
1. Einleitung	8
2. Algerien	11
2.1 Historische Weichenstellungen - Genese eines Konfliktes	11
2.2 Die Krise der 80er Jahre: Anfechtung des autoritären Staates und Radikalisierung der islamistischen Opposition	12
2.3 Der Weg in den Bürgerkrieg: Von der Freigabe des politischen Kräftespiels zur gewaltsamen Repression der Islamisten	14
2.4 Die Rolle der Armee	16
2.5 Der Alltag in islamistischen Hochburgen	17
2.6 Wer herrscht in Algerien? Kräfteverhältnisse heute	18
2.7 Die wirtschaftlichen Perspektiven	21
3. Tunesien	22
3.1 Historische Weichenstellungen	22
3.2 Die "Neue Ära" und die Zerschlagung der Islamisten	23
3.3 Politisches System und Stand der Demokratisierung	24
3.4 Die Situation der Menschenrechte und der Stand der Presse- und Meinungsfreiheit	26
3.5 Entwicklungspolitische Erfolge: Bildungsreform und Frauenförderung	27
3.6 Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung	28

4. Marokko	30
4.1 Politisches System und Stand der Demokratisierung	30
4.2 Die Situation der Menschenrechte	32
4.3 Der Stand der Presse- und Meinungsfreiheit	32
4.4 Wirtschaftliche Perspektiven	33
4.5 Grenzen sozialer Kontrolle und gesellschaftliches Konfliktpotential	33
5. Die innermaghrebinische Kooperation	35
6. Der Maghreb und Europa	37
6.1 Die wirtschaftlichen Beziehungen	37
6.2 Die politischen Beziehungen	38
6.3 Migration nach Europa - Export eines Konfliktpotentials?	40
7. Perspektiven politischer Stabilität im Maghreb	43
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	46
Die Autorin	47

Zusammenfassung

Der Fundamentalismus im Maghreb ist Symptom, nicht Ursache krisenhafter Entwicklungen in der Region. Die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse, die die Regierungen als Reaktion auf das Erstarken politischer Opposition Ende der 80er Jahre einleiteten, müssen immer noch als unzureichend bezeichnet werden. In den Bereichen Demokratisierung, Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte, sowie bei der wirtschaftlichen Liberalisierung, der Bekämpfung der Korruption und der Eindämmung des Bevölkerungswachstums sind zum Teil noch erhebliche Defizite zu verzeichnen. Vor allem in Algerien hat der Kampf gegen den Islamismus und Terrorismus alle Reformen von der Tagesordnung verdrängt.

Der Maghreb ist noch kein politisches Pulverfass. Die Region ist aber tendenziell instabil und könnte von der algerischen Krise insgesamt erfaßt werden, wenn innenpolitische Fehlentwicklungen die Legitimität der Regierungen in Marokko und Tunesien in Frage stellen.

In Marokko haben vor allem die sozialen Disparitäten ein gefährliches Konfliktpotential aufgebaut, daß sich jederzeit in Unruhen entladen kann. Bisher ist es König Hassan II.

gelungen, divergierende Interessengruppen in ein kompliziertes System des *divide et impera* einzubinden und islamistische Tendenzen zu marginalisieren.

Tunesien gilt angesichts seiner wirtschaftlichen Fortschritte, einer frühzeitigen Zerschlagung islamistischer Bewegungen und eindeutiger Wahlergebnisse - unter allerdings nicht westlichen demokratischen Standards entsprechenden Wahlbedingungen - als stabil genug, um ein Übergreifen der algerischen Konflikte erfolgreich abwehren zu können. Das Fehlen jeder politischen Alternative zu dem übermächtigen Präsidenten Ben Ali hat jedoch ein langfristig gefährliches Vakuum geschaffen, in dem die Islamisten ein Monopol auf die politische Opposition gewinnen könnten.

In Algerien schwinden die Chancen auf einen Kompromiß zwischen Islamisten und der militärgestützten Regierung. Die Guerilla-Truppen der GIA (Groupe Islamique Armé) haben sich der Kontrolle ihrer politischen Führung völlig entzogen und können mögliche Verhandlungen torpedieren.

Im Umgang mit den algerischen Islamisten verfolgen die Staaten der Europäischen Union, entsprechend ihrer unterschiedlichen Interessenslage, verschiedene Strategien. Frankreich, mit einer großen maghrebisch-muslimischen Gemeinde im Land und erstes Ziel von Flüchtlingsströmen, unterstützt die algerischen Machthaber finanziell und diplomatisch, um einen Sieg der Islamisten zu verhindern. Seine europäischen Partner und die USA halten einen Machtwechsel für fast unausweichlich und pflegen deshalb vorsichtige Kontakte mit beiden Bürgerkriegsparteien.

1. Einleitung

Als Kernländer des regionalen Subsystems Maghreb gelten Algerien, Marokko und Tunesien, die in kultureller Hinsicht große Übereinstimmungen aufweisen. Die Region insgesamt ist - anders als der arabische Osten - stark durch das historische Erbe der langen französischen Kolonial- bzw. Protektorats Herrschaft, die umfassend die politische Kultur beeinflusste, geprägt. Dies gilt auch für die Islamisten, die ihre Selbstdefinition vor allem in der negativen Abgrenzung zu Europa finden und anstreben, die kulturelle Durchdringung durch den Westen rückgängig zu machen.

Trotz rhetorischen Bruchs mit dem kolonialen Erbe orientierten sich die postkolonialen Eliten völlig am zentralistischen, jakobinischen französischen Staats- und Gesellschaftsmodell. Rasch entwickelten sich in allen drei Staaten autoritäre Regime mit einer aufgeblähten Staatsbürokratie. Das Klientel- und Patronagesystem zur Kooptierung von Eliten erforderte ein dauerndes Ausbalancieren von Interessengruppen, führte zu Korruption und Nepotismus und verhinderte eine konsequente Gewaltenteilung. Die politische Kultur zeichnete sich durch die Erwartungshaltung aus, daß der Staat die Gesellschaft auf allen Ebenen zu versorgen habe.¹ Der Staat erhob das Monopol auf Interpretation, Organisation und Ausübung der Religion. Damit wurde der Islam weniger zu einem Staatsislam als zu einem Islam des Staates, formalisiert und ohne geistige Substanz.² Am schwersten wog das Fehlen politischer Partizipationsmöglichkeiten außerhalb staatlich organisierter Massenorganisationen, wie dies insbesondere für Algerien und Tunesien galt. Kennzeichen der Kräfteverhältnisse im Maghreb waren bis zu Beginn der 80er Jahre ein starker Staat und schwache Gesellschaften.

Die klassischen Probleme aller Entwicklungsländer wie Landflucht, Verarmung, Marginalisierung großer Bevölkerungsteile und hohe Arbeitslosigkeit wurden vor allem in Algerien durch eine unkontrollierte demographische Entwicklung zusätzlich verschärft.

In Tunesien und Algerien prosperierte in diesem Klima sozialer Erosion und geistiger Orientierungslosigkeit - sichtbar im fehlenden nationalen Konsens über die eigene Identität zwischen Moderne und Authentizität - der politische Islam³, der mit seinen einfachen Lösungen einen Weg aus der Krise zu weisen scheint. Er ist somit Symptom, nicht Ursache krisenhafter Entwicklungen im Maghreb.

Insbesondere den Jugendlichen, für die die Einigungskraft des Unabhängigkeitskampfes der Vergangenheit angehört, bietet er im Rückzug auf das "Authentische" - manifest im Symbolsystem des Islam, aber auch in der Arabizität - Orientierung und stiftet Identität und neues Selbstbewußtsein. Dem Verfall der Legitimität der politischen Klasse, ihrer Entwicklungsmodelle und Ideologien stellt er ein alternatives Gesellschaftsmodell, die göttliche Heilsordnung entgegen. In der Wiederherstellung der Allgemeinverbindlichkeit religiöser Werte und Normen propagiert er die Lösung aktueller Krisen. Die Moderne hingegen wird stigmatisiert als "zweite Kolonialisierung". Dabei sind die Islamisten keine

¹ Claire Spencer, *The Maghreb in the 1990s*, Adelphi Papers, 1993, S.3 passim.

² Mohamed Tozy, "Islam et Etat au Maghreb", *Maghreb-Mashreq*, Nr.126, 1989

³ Anstatt der gebräuchlichen Bezeichnungen Fundamentalismus, Neo-Fundamentalismus oder Integritismus wird hier der Begriff "politischer Islam" oder Islamismus gewählt.

Traditionalisten in dem Sinne, daß sie etwa Wissenschaft und Technik oder auch die liberale Marktwirtschaft ablehnten. Ihre Opposition gegen die Moderne richtet sich allein gegen deren kulturelle Aspekte, ihr Menschenbild. So archaisch das Gedankengebäude des politischen Islam in vielen Aspekten anmuten mag, so ist er doch eine Ideologie, die in modernisierten und urbanisierten Gesellschaften Fuß gefaßt hat, im traditionellen ländlichen Bereich hingegen keine nennenswerte Unterstützung fand. Die politische Klientel der Islamisten ist im allgemeinen eher jung und rekrutiert sich aus den Unzufriedenen fast aller sozio-kulturellen Schichten. Entgegen dem verbreiteten Bild einer ungebildeten bis analphabetischen Anhängerschaft von Arbeitslosen nehmen Studenten und das vom sozialen Abstieg bedrohte städtische Kleinbürgertum einen dominanten Platz in der Bewegung ein.⁴ Trotz des patriarchalischen, männerbündischen Gesellschaftsmodells der Islamisten gibt es einen erstaunlichen Zulauf jüngerer Frauen, die sich von ihrem Engagement bei den Islamisten eine anderswo nicht mögliche Emanzipation von ihren Familien und politische Einflußmöglichkeiten versprechen.⁵ Die politischen Führer der Islamisten im Maghreb entstammen oft wissenschaftlich-technischen und Lehrberufen, Religionsgelehrte sind die Ausnahme.

Vor allem indem sich der politische Islam der religiösen, allgemeinverständlichen Symbole und Erklärungsmuster bedient und Kritik nicht nur an einzelnen Mißständen formuliert, erzielt er seine Breitenwirkung. Die Islamisten profitierten von dem völligen Fehlen zivilgesellschaftlicher Freiräume und regimeunabhängiger Artikulationsforen, indem sie die staatlicherseits schwer kontrollierbaren Moscheen für massive politische, religiös verbrämte Propaganda nutzten. Über die sozialen Dienste der Moscheen gewannen sie gesellschaftliche Legitimität.

Anziehungskraft und Virulenz des politischen Islam sind stark von spezifischen nationalen Besonderheiten geprägt. Sie hängen ab von dem Spielraum, den der Staat läßt, dem Legitimationsgrad der Eliten und - zunehmend in jüngster Zeit - von Tempo und Ausmaß der politischen und wirtschaftlichen Reformen. Er weist eine immense Spannweite unterschiedlicher Strömungen auf und entzieht sich damit schnellen Einordnungen. Die plakative Gleichsetzung von politischem Islam und Terrorismus trifft nur auf ein enges Spektrum dieser Bewegungen zu.

Während es in Algerien und Tunesien vor allem zu manifesten islamistischen Bedrohungen der Regimes kam, formierten sich in Marokko in erster Linie gewerkschaftliche und universitäre Oppositionsbewegungen, an denen auch islamistische Gruppen beteiligt waren. Die islamistische Herausforderung löste staatlicherseits ähnliche Reaktionen aus: durch eine ostentative Betonung des islamischen Kultus trat man in Konkurrenz zu diesen Bewegungen und verstärkte gleichzeitig die Kontrolle der Verbreitungsforen des Islam, vor allem der Moscheen. In Tunesien versuchte man die Bewegungen teilweise gewalttätig zu unterdrücken. Staatliche Abwehrmaßnahmen und radikaler Protest der Bewegungen bedingten sich gegenseitig und verschärften das

⁴ Rabha Attaf, "La Dimension Moderniste du FIS", Reporters Sans Frontières, Le Drame Algérien. Un peuple en Otage, Paris 1994

⁵ Laetitia Bucaille, "L'engagement islamiste des femmes en Algérie", Maghreb-Mashreq, Nr.144, Apr.-Jun. 1994

innenpolitische Klima. Aber nicht nur die am spektakulärsten in Erscheinung getretenen Islamisten, auch Menschenrechtsgruppen, Frauenverbände und ethnische Bewegungen, wie die der Berber in Algerien stellten in den 80er Jahren das Monopol des autoritären Staates in Frage und können als Kern einer entstehenden Zivilgesellschaft gelten.

Als Reaktion auf die Ausweitung der Unruhen wurden in allen drei Staaten Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet, die die Proteste kanalisieren sollten. Während es Tunesien durch eine frühzeitige gewaltsame Unterdrückung gelang, die islamistischen Strukturen zu zerschlagen und in den Untergrund abzudrängen, und Marokko durch eine wohldosierte "Zuckerbrot und Peitsche"-Politik die islamistische Opposition unter Kontrolle zu haben scheint, ließ Algerien die Islamisten lange Zeit gewähren und reagierte dann mit einer unkontrollierten Öffnung des Systems, die das Land an den Rand des Bürgerkrieges führte. Dabei ist es den Regimen in unterschiedlichem Maße gelungen, die liberale, säkulare Opposition in ihren Kampf gegen die Islamisten einzubinden und ruhigzustellen.

Seit Mitte der 80er Jahre werden in Marokko und Tunesien unter strengen Auflagen von IWF und Weltbank die Ökonomien nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten transformiert. Eine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen durch die wirtschaftliche Sanierung zeichnet sich dort bereits ab, wenn auch in Marokko längst nicht alle Bevölkerungsgruppen von dieser Entwicklung profitieren. In Algerien erlegt eine strenge Austeritätspolitik, eingeleitet im Sommer 1992, der Bevölkerung große Opfer auf und bildet einen Herd sozialer Unruhen.

2. Algerien

2.1 Historische Weichenstellungen - Genese eines Konfliktes

Die algerische Staatskonstruktion hatte stets eine substantielle islamische Dimension. Stärker als in Tunesien und Marokko hat die völlige Durchdringung der Gesellschaft durch die französische Kolonialmacht zu einer massiven Abwehrbewegung gegen Frankreich geführt. Die unabhängig gewordene Nation erhielt so zwangsläufig ihr Referenzmodell und ihre Identität in der Abgrenzung zum Westen. Auf Kosten des reichen kulturellen, sehr pluralen Erbes Algeriens wurden Islamisierung und Arabisierung die ideologischen Eckpfeiler des populistischen kleinbürgerlichen Gesellschaftsmodells der herrschenden Einheitspartei FLN. Zur Einheits- und Identitätsstiftung eingesetzt, dienten sie gleichzeitig der Legitimierung der Staatspartei. Der Staat schuf sich mit dem Ausbau des Moscheennetzes, in dem staatlich eingesetzte Imame den islamischen Sozialismus predigten, mit der Verfolgung unabhängiger religiöser Vereinigungen, einer extrem reaktionären Familiengesetzgebung und diversen anderen formalistischen Maßnahmen, - etwa der Einführung des Freitags als Feiertag - einen offiziellen Islam nach seinem Gutdünken und unter seiner Kontrolle.

Zur Arabisierung der Ausbildung wurden Arabischlehrer aus dem Orient, in erster Linie aus Ägypten "importiert", oft genug schlecht ausgebildete dörfliche Koranschullehrer, die nicht nur obskurantistisches religiöses Gedankengut verbreiteten, sondern auch erheblich das schulische Niveau senkten. Die sprachliche Ausbildung zementierte damit die soziale Selektion: Französisch blieb die Sprache der beruflichen Aufsteiger, unerlässlich im internationalen Kontext einer sich modernisierenden Gesellschaft; das Arabische war und blieb die Sprache der Marginalisierten. Vor diesem Hintergrund entstanden seit den 70er Jahren islamistische Bewegungen an den Universitäten, wo sie sich - gruppiert um einzelne Intellektuelle wie Abdelatif Soltani, Boyali, Ahmed Sahnoun und Abbassi Madani - Auseinandersetzungen mit linken Gruppen um den sozialen Aufstieg lieferten. Mit der iranischen Revolution 1978/79, die Katalysatorfunktion hatte, dehnten sie ihre Forderungen über den Campus hinaus aus.

Das ökonomische Entwicklungsmodell des Staates war von ähnlicher Eindimensionalität geprägt, wie die ideologische Ausrichtung. Der forcierte Ausbau der Schwerindustrie, zunächst finanziert durch die Erdölrente, führte zu einer gravierenden Vernachlässigung des Agrarsektors, zu Landflucht und unkontrolliertem Wachstum der Städte. Bereits Anfang der 80er Jahre mußte das einst blühende Land über 60% der Nahrungsmittel für seine explosionsartig anwachsende Bevölkerung importieren. Das ohnehin prekäre soziale Gleichgewicht erodierte vollends mit dem Verfall der Erdölpreise. Dem hochverschuldeten Staat gelang es nicht mehr, die Folgen seiner Modernisierungspolitik sozialverträglich abzufedern. Die rapide anwachsende Bevölkerung, die heute bereits 26 Millionen zählt, erreichte einen Anteil von 65% bei den unter 25jährigen. In dieser Altersgruppe war und ist die Arbeitslosenquote am höchsten, nicht nur unter den Analphabeten, sondern auch unter der akademischen Jugend. Das katastrophale Defizit beim Ausbau einer adäquaten Infrastruktur äußerte sich in akuter Wohnungsnot, in ständigen Strom- und Wasserausfällen, im Zusammenbruch des Transportsystems und im Mangel selbst an Grundnahrungsmitteln.

2.2 Die Krise der 80er Jahre: Anfechtung des autoritären Staates und Radikalisierung der islamistischen Opposition

Die soziale und ideologische Schiefelage mündete in den 80er Jahren in Unruhen und Proteste bisher nicht gekannter Heftigkeit. Die verschiedensten Gesellschaftssegmente der "société encadré" fochten das staatliche Monopol an: die Berberbewegung, die die Anerkennung ihrer kulturellen Eigenständigkeit forderte und den pluralen Charakter Algeriens betonte, Arbeiterstreiks, städtische Jugendrevolten, Frauenproteste gegen die Familiengesetzgebung und Demonstrationen für Demokratisierung forderten das System heraus. Die Proteste gipfelten in den spontanen Oktober-Unruhen 1988, bei denen eine Ablösung des korrupten Regimes und politische Reformen gefordert werden. Die Bilanz der Proteste: 500 Tote.

Den Islamisten, die bisher keine Massenbasis und an den Unruhen keinen größeren Anteil hatten, gelang es in der Folge, die geballten Frustrationen zu kanalisieren und für ihre Zwecke zu nutzen. Vor allem sie zogen politischen Gewinn aus dem Überdruß an einer nepotistischen, korrupten Herrscherclique. Das Regime duldet ihre oft illegalen Aktivitäten in der Hoffnung, den wachsenden Einfluß der laizistischen, berberischen und gewerkschaftlichen Opposition zu konterkarieren. Auch profitierten sie davon, daß es keine legalen Möglichkeiten oppositioneller Artikulation gab. Die politische Brisanz der "wilden Moscheen" erkannte der Staat erst relativ spät, ebenso, was es psychologisch für Jugendliche bedeutete, von Arbeitslosen zu Gotteskämpfern "aufgewertet" zu werden.

Damit war dem algerischen Regime gerade aus den Kräften, die es mit seinen religiös-konservativen Maßnahmen gefördert hatte, die stärkste Oppositionsbewegung erwachsen. Die Islamisten haben dabei das ideologische Erbe der Einheitspartei übernommen und führen einen frappierend ähnlichen politischen Diskurs: Auch ihr Gedankengebäude basiert auf einem fiktiven Einheitsmythos der algerischen Nation, der alle abweichenden Elemente ausgrenzt und die algerische Identität auf Islam und Arabizität reduziert, sowie auf einem Fortschrittsglauben ohne Visionen, der die Moderne allein unter technizistischen Aspekten zu sehen vermag. Politische Klientel der Islamisten wurden nicht nur die analphabetischen Jugendlichen der Bidonvilles, sondern auch die Absolventen arabischer Schulen und Universitäten: die Opfer einer ambivalenten Politik, die Islamisierung und Arabisierung förderte, ihre soziale Rekrutierung aber alleine im Bereich der modernen, bilingualen Elite vornahm.

Es gelang den Islamisten, die soziale Krise und die geistige Orientierungslosigkeit der Massen, die zerrissen zwischen zwei Welten leben, als Resultat einer Moderne zu verkaufen, die ihnen nur den sozialen Abstieg gebracht hat, den "okzidentalisierten" Technokraten hingegen den sozialen Aufstieg. Die nicht eingelösten Versprechen der Modernisierung wurden der Moderne selbst zur Last gelegt. Mit der Diffamierung nicht nur der frankophonen-laizistischen Eliten, sondern des Regimes insgesamt als "hizb faransa", als Partei Frankreichs, wurde die gesellschaftliche Krise demagogisch mit Okzidenthörigkeit und Gottlosigkeit verknüpft.

Eingebettet war diese Interpretation damit in einen heilsgeschichtlichen Zusammenhang: die soziale Krise ist Folge des Abfalls vom religiösen Gesetz, eine Überwindung der Krise mithin nur über den Sturz des Regimes und die Errichtung eines Gottesstaates zu erreichen.

Daneben traten die Islamisten auch praktisch in Erscheinung, indem sie die Abwesenheit des Staates bei der sozialen Absicherung zum Ausbau eigener karitativer Netze nutzten. Dabei handelt es sich um einen nicht zu unterschätzenden Mobilisierungsfaktor.

2.3 Der Weg in den Bürgerkrieg: Von der Freigabe des politischen Kräftespiels zur gewaltsamen Repression der Islamisten

Die landesweiten gewalttätigen Unruhen des Jahres 1988 wurden von den Machthabern in erster Linie als Gefahr für die innere Sicherheit betrachtet, die man durch eine kontrollierte politische Öffnung zu entschärfen suchte. Mit der radikalen Transformation von einem Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem 1989 und der Aufgabe des Machtmonopols des FLN, durch zahlreiche Gesetzesreformen, die Auflösung des Gerichtshofes für Staatssicherheit, politische Amnestien und die Aufgabe des Pressemonopols sollte der nötige spannungsfreie Raum für die dringlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen geschaffen und die von IWF und Weltbank verlangte Austeritätspolitik abgedeckt werden.

Im März 1989 wurde der FIS (Front Islamique du Salut) als Partei des politischen Islam gegründet und im September zugelassen - ein gesetzeswidriger Akt, da das Parteiengesetz die Bildung sich religiös definierender Parteien nicht zuläßt. Der Trend der Privilegierung der islamistischen Opposition durch das Regime setzte sich fort, während den demokratischen Parteien, die der FLN als stärkste politische Konkurrenz betrachtete, der Zugang zu den Medien verweigert wurde.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen im Juni 1990 war ein Erdrutschsieg für den FIS: bei einer Wahlbeteiligung von 65% erhielt er 54% der Stimmen und stellte in 853 Gemeinderäten die Mehrheit. Sein Sieg galt in erster Linie als Abrechnung mit dem abgewirtschafteten FLN⁶.

FIS-Führer Abbassi Madani forderte nun die Errichtung eines "islamischen Staates" und rief zum "Dschihad" gegen das Regime auf. Die Radikalisierung des politischen Klimas war auch Folge der neuen politischen Artikulationsmöglichkeiten. Trotz der Verhängung eines viermonatigen Ausnahmezustandes am 5.6.91, dem Verbot der FIS-Periodika im August und der Verhaftung ihrer Führer Madani, Hachani und Benhadj und trotz immer offenerer anti-demokratischer Äußerungen des FIS, wurden die Parteiaktivitäten nicht unterbunden. Der FLN, der die politische Basis des FIS unterschätzte, trieb ein gefährliches Doppelspiel: indem er die Machenschaften des FIS duldete, und gleichzeitig das Schreckgespenst des Islamismus an die Wand malte, glaubte er sich als einzige Alternative und als Hort des Modernismus etablieren zu können.

In der ersten Runde der Parlamentswahlen am 26.12.91 erhielt der FIS 42% der abgegebenen Stimmen, das sind 24% der Wahlberechtigten. Relativierend für dieses auf den ersten Blick eindeutige Ergebnis ist zum einen die niedrige Wahlbeteiligung, zum anderen die leicht übersehene Tatsache, daß der FIS über eine Million Stimmen in einer Zeit verloren hat, wo sich auf Gemeindeebene politisch hätte profilieren können. Am 11.1.92 intervenierte die Armee, setzte den zweiten Wahlgang aus und zwang Staatspräsident Bendjedid zum Rücktritt. Damit wurde eine zweite Phase, die der brutalen Repression der Islamisten eingeleitet.⁷

⁶ Francois Burgat, "La mobilisation islamiste et les élections algériennes du 12 juin 1990", in: Maghreb-Mashreq, Nr.129, Juni-Sept. 1990

⁷ Abderrahim Lamchichi, L'islamisme en Algérie, Paris 1993, S.81 passim.

Sicher scheint, daß die Machthaber nach der verheerenden kommunalpolitischen Arbeit des FIS eine solche Zustimmung nicht erwartet hatten und daß sie allenfalls eine Teilung der Macht, keinesfalls jedoch eine Machtübergabe vorgesehen hatten. Mit dem Abbruch der Wahlen hatte das Regime eine Polarisierung der Gesellschaft und die bewußte Radikalisierung der um ihren Wahlsieg Betrogenen gewählt. Wieder glaubte man sich als Retter des modernen Algeriens unter dem Motto "Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie" präsentieren zu können, eine Rechnung die zunächst durchaus aufging, sich aber heute als schwerste Hypothek erweist.

Ein fünfköpfiger Staatsrat übernahm interimswise die Staatsgeschäfte. Unter dem neuen Staatspräsidenten Mohammad Boudiaf, einem exilierten Helden des Unabhängigkeitskrieges, der als integer und unbelastet galt, wurde nicht nur im März 1992 die FIS aufgelöst, sondern auch - anders als von den Militärs erwartet - umfassende Antikorruptionskampagnen und die weitere Liberalisierung in Wirtschaft und Politik in Gang gesetzt. Die Drahtzieher von Boudiafs Ermordung am 29.6.92 scheinen denn auch die Gegner seiner Systemreformierung in den Regierungsapparaten gewesen zu sein.⁸ Unter seinem Nachfolger Kafi, der als treuer Anhänger der alten FLN-Garde galt, wurden die Reformen storniert.

Trotz Verhängung relativ moderater Haftstrafen für Madani und Benhadj ließ Kafi keinen Zweifel an seiner entschlossenen Bekämpfung des FIS: seit September 1992 wurde vermehrt der Dialog mit der Opposition, auch der moderaten islamistischen gesucht.

Einer Nationalen Konferenz, die unter Ausschluß des FIS die Grundlagen für eine dreijährige Übergangsphase in die Demokratie schaffen sollte, verweigern sich praktisch alle relevanten Parteien. Man argumentierte, daß eine solche Konferenz allein dem Machterhalt der Regierung diene, und daß man keinen fiktiven Konsens absegnen werde, der die stärkste Gruppe, die FIS, ausschließe und damit die Konfrontation verschärfe. Insbesondere die Verweigerung des FLN, der das Privileg hatte, personell sowohl in der Opposition wie an der Macht präsent zu sein, aber auch die der übrigen Parteien, ist offensichtlich auch opportunistisch motiviert: man möchte sich für den Fall eines Umsturzes eine Hintertür offenhalten. Ihre Haltung trieb die militärgestützte Regierung, die an einer demokratischen Fassade auch im Hinblick auf eine westliche Unterstützung bastelte, weiter in die Isolation.⁹

Der Hohe Staatsrat ernannte schließlich den seit Juli 1993 als Verteidigungsminister fungierenden General Liamine Zeroual zum neuen Staatspräsidenten. Zeroual, mit denselben Machtbefugnissen ausgestattet wie seine Vorgänger, kündigte die Aufnahme des Dialoges mit seinen Kontrahenten an und ließ zwei wichtige FIS-Führer, Ali Djeddi und Abdelkader Boukhamkham, frei. Sein Eintreten für eine "friedliche Lösung" wurde von einem Teil der FIS mit einer "Déclaration contre la Violence"¹⁰ beantwortet. Man zeigte

⁸ Sigrid Faath, Einleitung zum "Interview mit Mohamed Boudiaf, Präsident des algerischen Staatsrates", Wuquf 6/1991, Hamburg 1992

⁹ Rudolph Chimelli, "Die Generäle basteln weiter an der Fassade", Süddeutsche Zeitung (SZ), 24.1.94; SZ, 26. und 27.1.94

¹⁰ Lanciert von Anwar Haddam, einem der FIS-Sprecher im Ausland. Zit. nach L'Opinion, Rabat, 24.2.94

sich vorsichtig optimistisch. Aber die Bedingungen der Islamisten stehen fest: Vor der Freilassung von Madani, Hachani und Benhadj könne es keine Verhandlungen geben. Seit März 1994 fanden trotz der abwechselnden Dementis Geheimverhandlungen Zerouals mit inhaftierten FIS-Führern statt.

Mit der spektakulären Ablösung von Premierminister Malek am 11.4.94 geriet Bewegung in das festgefahrene Patt der beiden Bürgerkriegsparteien. Malek, der einzige Nicht-Militär, hatte sich zu einem glühenden Verfechter eines radikalen Ausmerzens der Islamisten entwickelt¹¹. Der neue Premier Mokdad Sifi hingegen gilt als neutraler Technokrat. Zeroual erhielt mit seiner Kabinettsumbildung freie Hand bei der Politikgestaltung. Seine Strategie: den Terrorismus in einer neuen Gegenoffensive radikal bekämpfen, und parallel dazu Verhandlungen mit den Führern der FIS Madani und Benhadj führen. Aber seine Politik wird nicht nur von großen Teilen der Zivilbevölkerung, sondern auch von führenden Militärs unterminiert.

2.4 Die Rolle der Armee

Seit 1962 sind die Militärs im Grunde die wahren Machthaber im Lande. "Dreißig Jahre lang war der FLN nicht die Einheitspartei *an* der Macht, sondern die Einheitspartei *der* Macht. Diese Macht war die Armee..."¹².

Der hohe Politisierungsgrad der Armee resultiert aus ihrer Eigenschaft als ehemalige Befreiungsarmee. Bis 1989 herrschten Mischformen zwischen direkter und indirekter Militär Herrschaft, die Zivilisten an der Macht beteiligte und ehemalige Militärs zivilen Positionen zuführte und materiell absicherte. Die neue Verfassung reduzierte die Rolle der Armee auf den Schutz der nationalen Souveränität und die Verteidigung der Einheit. Gleichzeitig stellte die Armeeführung unmiverstndlich klar, daß sie sich als Verteidigerin der Verfassung verstehe und eingreifen werde, wenn der Schutz der werdenden Demokratie dies verlange.

Bisher hat die Armeeführung eine nach außen relativ einige Front in ihrer selbsternannten Rolle als letzte Bastion von Säkularismus und laizistischer Republik präsentiert. Dennoch ist sie heute viel weniger monolithisch, als es bisher den Anschein hatte, spiegelt vielmehr als Mikrokosmos die politischen Strömungen der Gesellschaft insgesamt wider.¹³ Speziell General Lamari, dem "heimlichen Herrscher", und Zeroual erscheint die bisherige Politik des "tout-scuritaire" als Auslaufmodell, dessen Wirksamkeit täglich von bewaffneten Islamistengruppen ad absurdum geführt wird, die sich von terroristischen Kleingruppen zu wahren Guerillakmpfern entwickelt haben. Die "neue Strategie" ist damit weniger einem Umdenken zuzuschreiben, als vielmehr Ausfluß logistischen Denkens.¹⁴

¹¹ Rabah Kebir, Sprecher der FIS in Deutschland, bezeichnete seine Ablösung als "acte positif", Le Monde, 15.4.94; François Soudan, "L'radicateur radiqu", Jeune Afrique (JA), Nr. 1736, 14.-20.4.94

¹² Le Figaro zit. in: JA, Nr.1729, 24.2.-2.3.94

¹³ Claire Spencer, "Algeria in crisis", Survival, Bd.36, Nr.2, Sommer 1994

¹⁴ P.-M. de la Gorce, "Voyage au coeur de l'armée", JA, Nr.1737, 21.-27.4.94

Wie wenig konsensfähig die neue Linie in den Spitzen der Armeehierarchie ist, machen öffentliche Angriffe auf die Politik Zerouals deutlich. Die Kritik der Offiziere hat ihre innere Berechtigung: Bei einem Kompromiß und einem Dialog "ohne Ausnahmen", vielleicht sogar einer islamistischen Machtübernahme, werden ihre bisherigen großen Verluste sinnlos gewesen sein. Mit 160.000 Mann, von denen ca. 70.000 in den direkten Kampf verstrickt sind, trägt sie - auch wenn man die sehr viel unsystematischer agierenden Polizeieinheiten dazurechnet - allein die Risiken einer Politik mit unklarer Marschrichtung.¹⁵

Die entscheidende Frage heute ist, wie weit die Armee von Islamisten infiltriert ist. Kohäsion und Entschlossenheit, vor allem in den unteren Rängen, scheinen mehr als fraglich. Nach naturgemäß spekulativen Expertenaussagen sollen diese zu 80% aus Islamisten bestehen. Die Rekrutierung junger Algerier erfolgt nach einigermaßen absurden Kriterien: da man die analphabetischen Arbeitslosen per definitionem schon als FIS-Sympathisanten einschätzt, werden von der Armee praktisch nur noch Diplomierte eingezogen. Angesichts der Tatsache, daß die Universitäten seit langem die aktivsten Herde des militanten Islamismus sind, rekrutiert die Armee für ihren Kampf diejenigen, die vielleicht am entschiedensten gegen die laizistische Republik kämpfen.¹⁶

2.5 Der Alltag in islamistischen Hochburgen

Wie gestaltet sich der Alltag in Städten, die fest unter Kontrolle der Islamisten sind? Was ist aus den Versprechungen von Wohnungen und Arbeit für alle geworden, was aus der Re-Moralisierung der Gesellschaft, die den Muslimen ihre Würde zurückgeben sollte? Eine der islamistischen Bastionen, die Stadt Blida im Süden Algiers, ist ein Beispiel, welche einschneidenden Veränderungen das tägliche Leben unterliegt.

Da auch den Islamisten die finanziellen Mittel fehlen, um die dringend nötigen sozialen Reformen einzuleiten, konzentrieren sie sich umso mehr auf die "moralische Erneuerung", die bei Widerstand mit brutalem Terror erzwungen wird. Das Tragen des Hijab, des Schleiers, ist dort obligatorisch, Zuwiderhandlung kann mit dem Tode bestraft werden, wie die Ermordung zweier unverschleierter Schulmädchen zeigte. Bars, Restaurants, Kinos, Theater, Friseursalons und Bäder sind zwangsweise geschlossen, an Kiosken ist der Verkauf französischsprachiger Zeitungen verboten. Tabak und Alkohol sind untersagt. Frauen dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, solange eine völlige Segregation der Geschlechter in den Fahrzeugen nicht gewährleistet ist. Diejenigen, die sich zu widersetzen wagen, werden mit anonymen Briefen und Telefonanrufen bedroht, nachts ziehen Todesschwadronen durch die Straßen und holen die Menschen aus den Häusern. Mordopfer werden verstümmelt auf der Straße liegengelassen. Kritische Journalisten leben seit Monaten mit Todesdrohungen, schlafen jede Nacht an einem anderen Ort und wechseln täglich ihre Arbeitswege. Flugblätter in den Moscheen fordern auf zu

¹⁵ P.-M. de la Gorce, "La guerre totale", JA, Nr. 1734, 31.3-6.4.94

¹⁶ Sophie Bessis, "L'armée au pied du mur", JA, Nr. 1718, 9.-15.12.93; "Paralysed by fear", The Middle East, April 94; "Algérie: une armée hésitante", Le Figaro, 29.10.93

ökonomischen Sabotageakten.¹⁷ Mit "islamischen Märkten", die unter dem Preis der staatlichen Geschäfte verkaufen und keine Abgaben und Steuern zahlen, wird die finanzielle Basis des Staates weiter unterhöhlt. Die Parabolantennen, die den Empfang ausländischer Fernsehsender ermöglichen, scheinen allerdings die Bemühungen der Islamisten zu konterkarieren. So oft sie abgerissen werden, erscheinen sie an anderen Stellen neu.¹⁸

Seit der militärischen Gegenoffensive sind die Menschen einer doppelten Bedrohung ausgesetzt: wer sich - ob freiwillig oder unter Druck - den Anweisungen der Islamisten beugt, läuft Gefahr, als Sympathisant betrachtet zu werden. Kommandos der Armee foltern und erschießen ganze Familien, die der Kollaboration verdächtigt werden.¹⁹ Der Druck auf diejenigen, die weder islamischen Staat noch Militärstaat wollen, ist seit dem Abbruch der Wahlen stetig gewachsen.²⁰ In den Worten des im Mai 1993 ermordeten Dichters Tahar Djaout: "Wenn du nicht den Schleier trägst, stirbst du. Wenn du den Schleier trägst, stirbst du auch. Also schweig und stirb."²¹

2.6 Wer herrscht in Algerien? Kräfteverhältnisse heute.

Die Lage könnte unübersichtlicher nicht sein. Während Journalisten und Diplomaten in der brodelnden Gerüchteküche Algeriens zwischen offiziellen Communiqués, anonymen Traktaten und Augenzeugenberichten den realen Machtverhältnissen näherzukommen suchen, sind die Aussagen der beiden Hauptkontrahenten eindeutig. Sowohl Armee als auch Islamisten behaupten von sich, strategisch die Oberhand zu haben und für die Mehrheit der Bevölkerung zu sprechen. Fest steht, daß die bewaffneten Islamisten durch tägliche Morde und Verstümmelungen, Überfälle auf Züge und Kasernen, Sabotage von Fabriken und Brandstiftungen seit zwei Jahren ihre Einflußzonen ständig ausgebaut haben. Drei strategische Zonen haben sie eingenommen: das Zentrum Algier, die Westregion mit wichtigen Städten wie Chlef, Tiaret und Bel-Abbès, Transitstadt nach Marokko, sowie die Ostregion, die seit langem Rückzugsgebiet der Islamisten Algiers ist.²² Die drei Regionen liegen am Meer, sind aber bislang nicht miteinander verbunden. Die Einnahme des Aures, der Kabylei und der großen Industriekomplexe ist ihnen bisher nicht gelungen.²³ Im März 1994 wurden in einer spektakulären Aktion über 1000 Gefangene durch Kommandos aus einer Anstalt in Tazult befreit.

¹⁷ L'Orient - Le Jour (Beirut), 8.3.94, in: AIMO 6/94

¹⁸ Juan Goytisolo, "Parabeln und Parabolantennen", FR, 18.4.94, 6.Folge

¹⁹ Seit dem Sommer 1993 macht in Algier und anderen Städten eine Jugendbande OJAL (Organisation des Jeunes Algériens Libres) von sich reden, die Blutrache für jedes Opfer der Islamisten schwört und verschleierte Frauen mit dem Tode bedroht.

²⁰ "L'Autre Algérie", Le Nouvel Observateur, 28.4-4.5.94

²¹ Le Monde, 1.4.94

²² Le Monde, 21.5.94

²³ Le Nouvel Observateur, 28.4-4.5.94

Aber vor allem in Städten, die bisher fest in der Hand der Islamisten waren, tritt die Armee jetzt massiv auf.²⁴ Mit zahlreichen Sondergerichten, Erschießungen und Verhaftungen sorgt sie dafür, daß sich die Spirale von Terror und Gegenterror weiter hochschraubt. Die bewaffneten Gruppen haben sich zum Teil ins schwer kontrollierbare Hinterland zurückgezogen, wo sie, auch unter Einsatz von Napalm, von den Militärs erbittert bekämpft werden. Die Erfolge der Armee bleiben geographisch begrenzt, wie die nicht abreißende Serie von Attentaten zeigt.

Die algerische Gesellschaft zeigt sich - auch innerhalb der Gegner der Islamisten - tief gespalten zwischen den Befürwortern eines Dialogs, denen, die einen Dialog mit ihren Unterdrückern ablehnen und denen, die einen dritten Weg zwischen Militärs und Islamisten fordern.

Die frühere Einheitspartei FLN - die personell weiterhin eng mit der militärischen und wirtschaftlichen Elite verflochten ist - gilt heute neben den moderaten legalen islamistischen Parteien Ennahda und Hamas als eifrigste Verfechterin einer nationalen Versöhnung. Zu der von ihr mitinitiierten Demonstration am 8.5.94 gesellten sich allerdings nur ca. 20.000 Menschen. Gewerkschaften, Frauenverbände, große Teile der intellektuellen Modernisten, sowie ein Teil der Armee widersetzen sich aufs Heftigste dem Versöhnungskurs Zerouals. Ihr Sprachrohr sind die französischsprachigen Medien, die einen harten Kurs propagieren.

Die dritte Gruppe der Anti-Islamisten, vertreten durch FFS (Partei der kabyllischen Berber) und RCD, verweigern sich bisher der Einbindung in einen der antagonistischen Gesellschaftspole. Aber in FFS und RCD mehren sich die Stimmen derer, die die akademische Kritik am Vorgehen der Machthaber und einen Balanceakt zwischen den beiden Gesellschaftspolen ablehnen. Die tödliche Gefahr sei heute der bewaffnete Islamismus, und gegen diesen müsse man zunächst geschlossen vorgehen.²⁵

Am gefährlichsten könnten sich die Passivität und die Sprachlosigkeit des größten Teils der Bevölkerung erweisen, die keinerlei Visionen für die Zukunft ihres Landes haben. Ein Algerien ohne aktive Demokraten wäre eine schwerere Hypothek für das Land als die Anti-Demokraten.

Größte Unklarheit besteht über das Ausmaß der Fraktionierung und die Absichten der Islamisten: Niemand weiß heute, wieviele Terrorgruppen operieren und inwiefern sie in Verbindung stehen. Man geht vorsichtig von etwa 650 Gruppen aus, die jeweils mindestens 12 Männer umfassen.²⁶ Die beiden Hauptgruppen sind die MIA (Mouvement Islamique Armé), die als bewaffneter Arm der FIS gilt, und die radikalere GIA (Groupe Islamique Armé), die in deren Umfeld agiert, aber von ihr unabhängig ist. GIA und MIA liefern sich seit einem Jahr einen blutigen Kampf um die Hegemonie über die "Moudjahidun", wenngleich zunehmend auch eine gewisse Kooperation zu verzeichnen ist. Die MIA und zwei weitere Gruppen haben sich kürzlich gegen die radikale Konkurrenz der GIA zu einem Aktionsbündnis AIS (Armée Islamique du Salut) zusammengeschlossen.

²⁴ P.-M. de la Gorce, "Le pouvoir contre-attaque", JA, 1736, 14.-20.4.94

²⁵ P.-M. de la Gorce, "Les partis dans la tourmente", JA, Nr.1740, 12.-18.5.94

²⁶ Le Monde Diplomatique, April 1994

Die GIA ist verantwortlich für die Morde an Ausländern. Die Jagd auf die Ausländer, die in der algerischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielen, ist - ähnlich wie in Ägypten - Teil ihres Kampfes gegen das verhaßte Regime: sie beraubt damit den Staat wichtiger Einnahmen und unterminiert seine Kreditwürdigkeit noch weiter.²⁷ Darüber hinaus soll damit Druck auf das Ausland, speziell auf Frankreich ausgeübt werden, die Unterstützung des algerischen Regimes aufzugeben, oder zumindest neutral zu bleiben.

Wieweit die algerischen Islamisten internationale Beziehungen unterhalten ist schwer quantifizierbar. Nachdem sie ihren Hauptfinancier Saudi-Arabien durch ihre pro-irakische Haltung im Golfkrieg verloren haben, sollen sie in weit geringerer Höhe Zuwendungen aus dem Iran und aus Libyen erhalten. Informationen über militärische und logistische Unterstützung der FIS durch beide Staaten liegen bislang nicht vor. Intensive logistische Verbindungen bestehen hingegen mit dem Regime im Sudan, das Guerilla-Kämpfer ausbildet und diesen Unterschlupf gewährt. Von einer "islamistischen Internationale" kann anhand dieser Informationslage nicht gesprochen werden.²⁸

Das Verhältnis der offiziellen Sprecher der Bewegung und der inhaftierten Führer zu den Terrorgruppen ist zwiespältig: einerseits dient der Terror den "Politikern" als Faustpfand, um den Preis für eine Annäherung an das Regime höher zu treiben. Andererseits spricht einiges dafür, daß man das harte Vorgehen gegen die Guerilla der GIA insgeheim billigt, da diese das Primat der "Politiker" der FIS offen angreifen und sie des Verrats an der eigenen Basis bezichtigen. Die GIA hat sich gänzlich der Kontrolle der FIS entzogen und agitiert gegen deren "Versöhnungskurs". Die FIS und ihr bewaffneter Arm verurteilen die Morde an Ausländern und billigen lediglich Angriffe auf Soldaten und Polizisten. Man sei mit dem Kampf gegen das algerische Regime hinreichend beschäftigt, an einem Nebenkrieg mit Frankreich habe man kein Interesse, so ein Sprecher der FIS. Die FIS ist zu Verhandlungen mit dem Regime bereit, wenn ihre inhaftierten Führer freigelassen werden und ein baldiger Termin für Neuwahlen festgesetzt wird.

Der FIS ist im Grunde ebenso an einem Kompromiß interessiert wie die Machthaber. Geschwächt durch die Repressionen der Armee und die Fraktionierungen im Inneren, muß er ein Verhandlungsinteresse haben, solange er noch über eine Machtbasis verfügt. Diese droht ihm zunehmend wegzubrechen: sein Einfluß auf die von der Gewalt zermürbte Bevölkerung sinkt stetig. Mit seiner Islamisierung "von oben" hat er die Verhaltensmuster der herrschenden Elite perpetuiert und viel von seinem Kredit verspielt. Auf der anderen Seite gewinnen kompromißlose Gruppierungen wie die GIA ständig an Zulauf, da viele nur noch in einer radikalen Gewaltstrategie einen Ausweg aus dem Patt der Bürgerkriegsparteien sehen.

Bleibt die Frage nach den Absichten Zerouals. Die angeordnete militärische Gegenoffensive und die Absetzung des Hardliners Malek, sowie des Innenministers Sadi, setzen deutliche Zeichen für eine Doppelstrategie. Zerouals Bedingungen für Verhandlungen sind eine öffentliche Verurteilung der Gewalt, die Achtung der Verfassung

²⁷ Thomas Schmidt, "Ultimatum für Ausländer in Algerien", taz, 6.11.93

²⁸ José Garçon, "Une 'internationale' islamiste finance-t-elle le FIS?", Reporters Sans Frontières, Le Drame Algérie. Un peuple en Otage, Paris 1994

und das Bekenntnis zum politischen Pluralismus. Aber auch die Perspektive eines Kompromisses hat gefährliche Dimensionen. So unvermeidlich man den anlaufenden Dialog finden mag, so ist es doch bedrückend zu sehen, daß die Verhandlungen nurmehr zwischen Militärs und Islamisten ohne die demokratischen Kräfte des Landes stattfinden. So könnte ein Ende des Kampfes zu einer militärisch-islamistischen Machtaufteilung führen, indem die Militärs die zivilen Eliten austauschen, um weiterhin an der Macht zu bleiben. Wenn nötig, bedient man sich dazu der bisher heftig umkämpften Islamisten als neuer ziviler Klasse auf Kosten der Demokraten, der modernen Intellektuellen, der Frauen und der Berber.²⁹

2.7 Die wirtschaftlichen Perspektiven

Die jüngsten günstigen Vereinbarungen mit dem IWF - von Frankreich forciert - verschaffen Algeriens Wirtschaft zunächst eine Atempause und sind eindeutig politisch motiviert.³⁰ Nach einem monatelangen Tauziehen um den Umfang der Währungsabwertung und die Höhe der Umschuldung, hat man sich auf eine Abwertung des Dinar um 49,2% geeinigt, die diesen zwar der Tauschrate des Schwarzmarktkurses annähert, aber immer noch unzureichend ist. Die Preise für noch subventionierte Grundnahrungsmittel müssen nochmals um 30-100% angehoben werden. Algerien hat sich ebenfalls verpflichtet, das Haushaltsdefizit, das 1993 9,2% des Bruttoinlandsproduktes entsprach, zu senken und die Inflationsrate bei 30% zu halten.

Als Gegenleistung gewährt der IWF einen Beihilfekredit von 1,04 Mrd.\$. Der Pariser Club, Vereinigung der staatlichen Gläubiger, genehmigt zunächst für das Jahr 1994/95 eine Senkung der jährlichen Tilgungs- und Zinszahlungen von 9 auf 4 Mrd.\$. Die Rückzahlung der ausstehenden 5 Mrd.\$ wird bis zum Jahr 2009 verlängert. Die Schulden Algeriens bei den Mitgliedern des Pariser Clubs, v.a. Frankreich, die USA, Italien, Deutschland und Japan (Reihenfolge gemäß der Höhe der Schulden) belaufen sich auf 16 Mrd.\$, insgesamt auf 26 Mrd.\$. Algeriens Exporteinnahmen betragen derzeit nur 8 Mrd.\$ und das öffentliche Defizit wird 1994 200 Mrd.\$ betragen. Nach den Vereinbarungen mit dem IWF wird Algerien nunmehr Kredite von 175 Mill.\$ von der Weltbank und 150 Mill.\$ von der amerikanischen Eximambank erhalten. Die EU hat entschieden, den zweiten Teil eines Kredites zur Unterstützung der Zahlungsbilanz von 150 Mill.ECU, der 1991 genehmigt, dann aber eingefroren wurde, freizusetzen.³¹

Wie sich diese "Sauerstoffspritze" politisch auswirken wird, ist fraglich: die Sanierung wird der verelendeten Bevölkerung zunächst neue Opfer auferlegen.³² Um den heutigen Stand der Arbeitslosigkeit auch nur zu halten, müßten in den kommenden 12 Jahren jährlich 234.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der katastrophale

²⁹ Samir Naïr, "L'Héritage du passé", Le Monde 18.5.94

³⁰ Le Monde, 3.6.94

³¹ Le Monde, 3.6.94

³² SZ, 13.4.94; Le Monde, 12.4.94

Wohnungsmangel könnte nur mit dem jährlichen Bau von 107.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren auf seinem Niveau gehalten werden.³³

³³ Sophie Bessis, "Les multitudes du désespoir", JA, Nr.1725, 27.1.-2.2.94

3. Tunesien

3.1 Historische Weichenstellungen

Unter dem ersten tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba, der seit der Unabhängigkeit einen zunehmend autokratischen Führungsstil mit laizistischen und egalitären Reformen - so das moderne "Personalstatut", das Mann und Frau in Heirat und Scheidung gleichstellt - zu verbinden wußte, wurde die Religion im Vergleich zu den Nachbarstaaten am weitesten marginalisiert. Unter dem Banner von Modernität und Effizienz verdamnte Bourguiba von Beginn an systematisch bestimmte Islamkonzeptionen und religiöse Vorschriften, wie das Fasten im Ramadan. Seine Islaminterpretation stellte er damit ganz in den Dienst einer modernen Staatsführung. Bereits seit Ende der 60er Jahre existierende islamistische Gruppen führten ein unpolitisches Schattendasein und konzentrierten sich vornehmlich auf die moralische, individuelle Erneuerung der Gesellschaft. Sozialer und politischer Protest gegen die wirtschaftliche Situation und den autoritären Führungsstil Bourguibas war bis Ende der 70er Jahre Domäne linker und gewerkschaftlicher Verbände. Islamistische Gruppen standen noch nicht in erster Linie zum laizistischen Staat in Opposition, sondern betrachteten, wie dieser, die universitäre Linke und gewerkschaftliche Bewegungen als ihren Hauptfeind, wurden deshalb von staatlicher Seite weitgehend ignoriert. Die Erkenntnis der eigenen gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit, die in deutlichem Kontrast zur sozialen Breitenbasis linker Gruppen stand, führte schrittweise zu einer Politisierung eines Teils der Bewegung und 1981 zur Gründung des "Mouvement de la Tendence Islamique" (MTI) unter ihrem geistigen Mentor Rachid Gannouchi.

Wirtschaftlich waren die 80er Jahre von einer tiefen Krise gekennzeichnet.

Langanhaltende Dürren hatten die Agrarproduktion sinken lassen und zu einem Anstieg der Nahrungsmittelimporte geführt. Hinzu kam der Fall der Weltmarktpreise für Erdöl, der das Handelsbilanzdefizit und die exzessive Auslandsverschuldung noch vergrößerte. Als unter dem Druck des IWF 1984 die Preise für Grundnahrungsmittel um 100% erhöht werden mußten, kam es zu Massenunruhen, die blutig niedergeschlagen wurden.

Obwohl Islamisten bei den sozialen Protesten einen immer prominenteren Platz einnahmen, glaubte man mit ihrer Hilfe die gewerkschaftliche Linke eindämmen zu können. Die Zeit von 1981 bis zum Machtwechsel 1987 war deshalb gekennzeichnet von dem Wechsel präzedenzloser Repression mit Amnestien und Dialogangeboten gegenüber den Islamisten des MTI. So wurden 1980/81 nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen islamistischen Splittergruppen und der Staatsmacht die Führer des MTI verhaftet und 1984 ohne Prozess amnestiert.

Unter Premierminister Mzali schien eine Legalisierung der Bewegung nicht ausgeschlossen. Als erste Konsequenz aus der "Halb-Offizialisierung" entstanden radikalere Gruppierungen. Nach der Ablösung Mzalis 1986 und einer Verhärtung der Politik des Regimes kam es erneut zu blutigen Unruhen und folgenden Verhaftungen und Todesurteilen gegen Mitglieder der radikalen Splittergruppe "Islamischer Dihad". 1987 wurden 24 Islamisten, darunter wieder Gannouchi verhaftet. Die Aufdeckung von Attentatsplänen geheimer Zellorganisationen gegen Bourguiba im November 1987, an

denen auch in nicht geklärtem Umfang Teile der Streitkräfte beteiligt gewesen sein sollen³⁴, ließ die Spannungen weiter eskalieren.

Die Spannweite der programmatischen Ausrichtung der tunesischen Islamisten entspricht der Vielzahl der existierenden Fraktionen, von systemkonformen, sehr intellektuellen Zirkeln bis hin zu terroristischen Kleingruppen. Gannouchi, Führer der stärksten Bewegung, gibt in zahlreichen Schriften zwar Auskunft über seine Strategie - Ablehnung von Gewalt und Unterwanderung als politische Methoden³⁵ - sein politisches Programm bleibt hingegen undeutlich, ist eher allgemein weltanschaulicher Art. Vor allem fehlt eine inhaltliche Präzisierung der zukünftigen Rolle der Scharia. Sein prinzipielles Anliegen, Tunesien seine arabisch-islamische Identität wiederzugeben, die es durch die westliche Überfremdung verloren habe, ist allerdings in ein erstaunlich liberales Islam-Konzept eingebettet, das z.B. selbst im tunesischen "Personalstatut" eine durchaus zulässige Interpretation koranischer Vorschriften sieht. Die Frage, wie verbindlich sich Schriften in der politischen Praxis islamistischer Bewegung erweisen, ist angesichts extrem eingeschränkter Aktionsmöglichkeiten in Tunesien kaum zu beantworten.

3.2 Die "Neue Ära" und die Zerschlagung der Islamisten

Der unblutige, verfassungskonforme Machtwechsel 1987 von Bourguiba zu Ben Ali zeitigte zunächst einen Kurswechsel in der Haltung gegenüber den Islamisten. Mit dem programmatischen Slogan "Wandel in Kontinuität" proklamierte sich der Staat mittels einer Reihe symbolischer Maßnahmen, wie der Verbreitung des Gebetsrufes in Fernsehen und Rundfunk, zum alleinigen Verteidiger des Islam. Aber der Aktionsradius des Regimes war begrenzt. Neben dem Versuch, die Islamisten durch Aneignung ihres Diskurses politisch zu neutralisieren, mußte gleichzeitig die laizistische Opposition beruhigt werden, die dieses Bemühen mit einigem Protest quittierte. Auch die beginnende Annäherung von Teilen der Linken und den Islamisten sollte durchkreuzt werden.

Eine vorsichtige Öffnung des Systems, die vor allem die liberale Opposition zufriedenstellen sollte, wurde mit der Zulassung dreier weiterer (insgesamt 6) wenig verankerter Parteien, sowie der Gewährung von Presse- und Vereinigungsfreiheit eingeleitet. Generalamnestien, die von den Islamisten im Gegenzug politische Enthaltensamkeit forderten, waren effektvolle Gesten, die das Fehlen substantieller Zugeständnisse wie eine institutionelle Öffnung und einen tatsächlichen Machtwechsel der Eliten aber nur mangelhaft kaschierten. Das MTI paßte sich mit seiner indirekten Teilnahme an der Unterzeichnung des National-Paktes vom 8.11.88., einem offiziellen Diskussionsforum mit den Eckwerten Demokratie und Anerkennung des "Personalstatuts", in einem so weitgehenden Maße dem offiziellen Kurs an, daß sein eigenes Profil zu verschwinden drohte. Mit der Umbenennung in "Hizb Ennahda" (Partei der Wiedergeburt) strichen die Islamisten aus taktischen Gründen jeden formalen Bezug auf den Islam.

³⁴ Rémy Leveau, "La Tunisie du Président Ben Ali", Maghreb-Mashreq, Nr. 124, 1989; M. Al-Ahnaf, "Tunisie: un débat sur les rapports état/religion", Maghreb-Mashreq, Nr. 126, 1989

³⁵ Damit zog er grundsätzlich andere Lehren aus seiner Haft als etwa der ägyptische Islamist Sayyid Qutb, der durch den Gefängnisaufenthalt in seinen politischen Auffassungen radikalisiert wurde.

Dennoch wurde mit der Begründung, daß sich Ennahda parteiengesetzwidrig religiös definiere, die Zulassung zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 2.4.89 verweigert. Bei diesen Wahlen kandidierten Islamisten mit stillschweigender staatlicher Duldung auf unabhängigen Kandidatenlisten und erlangten landesweit 13% der Stimmen, angesichts ihrer fehlenden organisatorischen und finanziellen Mittel ein beachtlicher Erfolg. Der Stimmanteil von 30% in einigen Elendsvierteln der Großstädte verdeutlichte die Komponente des sozialen Protests. Die Weigerung, Ennahda zu legalisieren, hatte und hat rein politische Motive und ist sachlich wenig begründbar. Trotz der vorhandenen Gewaltbereitschaft von Teilen des islamistischen Lagers artikuliert sich die offizielle Ennahda immer systemkonform und legalistisch. Motiviert wurde die Weigerung wohl eher durch die Tatsache, daß die Islamisten zur einzig ernst zu nehmenden Oppositionsbewegung geworden waren.

Über die 1989 eingeleitete Schulreform kam es erneut zu eskalierenden Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt, in deren Verlauf die radikalen Kräfte innerhalb von Ennahda ihren Einfluß ausbauten. Verhaftungswellen nach der Aushebung von Terrorgruppen Ende 1990 und die Aufdeckung eines Geheimapparates 1991, der - so die offizielle Version - die stufenweise Machtübernahme vorbereitet haben soll, bereiteten die endgültige Zerschlagung des islamistischen Lagers vor. Die offizielle Ennahda leugnete jede Verbindung mit den Terrorbanden, was angesichts der hochkonspirativen Zellenstruktur der Gruppen durchaus möglich erscheint. Tatsächliche Beweise für eine strukturelle Verbindung existierten nicht. 1991 trennte sich eine gemäßigte Fraktion von Ennahda und kündigte die Gründung einer demokratisch-islamistischen Partei an, die innerhalb des Systems operieren soll. Vieles spricht dafür, daß die Repression seit 1989 bewußt zur Radikalisierung der Bewegung eingesetzt wurde. Durch die Gleichsetzung der gemäßigten Islamisten mit Terrorgruppen wurden auch jene diskreditiert und ausgegrenzt. Ende 1991 sind die politisch aktiven Islamisten im Gefängnis, im Exil oder bewegen sich nach der ostentativen Trennung von Ennahda am Rande der Bedeutungslosigkeit. Das Fortbestehen von Strukturen oder klandestine Neuformierungen werden offiziell bestritten, scheinen aber sehr wahrscheinlich.³⁶

3.3 Politisches System und Stand der Demokratisierung

"Was die Demokratie betrifft, so zieht man die Homöopathie der Roßkur vor".³⁷

Nach der Zerschlagung sowohl des terroristischen Untergrundes als auch der moderaten Strömungen des islamistischen Lagers, schien ein weiterer Aufschub der bei Machtantritt versprochenen politischen Öffnung nicht länger gerechtfertigt. Umfangreiche Wahlrechtsreformen, darunter die Bestimmung, den Parteien, die auf nationaler Ebene einen bestimmten Stimmenanteil erhalten hatten, bei Beibehaltung des Mehrheitswahlrechtes, 19 Überhangsmandate zuzugestehen, galten denn auch als erster

³⁶ Michael Köhler, "Islamismus und Autoritarismus in Tunesien", in: KAS-Auslandsinformationen 3/92, S. 12-24

³⁷ Ziyad Zimam, "Les nouveaux Tunisiens", JA, Nr. 1732, 17.-23.3.1994

Schritt hin zu mehr Pluralismus. Dennoch unterscheidet sich der Ausgang der Wahlen am 20.3.94 in nichts von den Ergebnissen, die unter Bourguiba erzielt wurden.

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 99% der Stimmen wurde Ben Ali in seinen Amt bestätigt. Ebenso eindeutig war das Votum für die Regierungspartei RCD (94-99%) bei den gleichzeitig durchgeführten Parlamentswahlen, an der auch 6 Oppositionsparteien teilnahmen, ausgefallen.

Für das Amt des Präsidenten wurden keine weiteren Kandidaten zugelassen, da die Bedingungen - Unterstützung durch 30 gewählte Abgeordnete oder Bürgermeister - angesichts der Dominanz des RCD und der Verquickung von Staat und Partei von niemandem erfüllt werden konnten. Wahlkampagne und Stimmauszählung scheinen mit einigen regionalen Abstrichen insgesamt ordnungsgemäß verlaufen zu sein.³⁸

Für die fortbestehende Bedeutungslosigkeit der Oppositionsparteien, die vom Staat finanziert werden, um überleben zu können, sind eine Reihe von Gründen verantwortlich. Das schlechte Abschneiden der Opposition geht sicherlich zum Teil auf das Konto taktischer Fehler³⁹. Die zweigleisige Strategie, die Kandidatur Ben Alis ohne Einschränkung zu unterstützen, aber die Präsidentenpartei RCD zu attackieren, hat sicherlich potentielle Wähler verwirrt und abgeschreckt. Ben Ali hat durch seine Aneignung traditioneller Themen der Opposition diese politisch entschärft und gar nicht erst zum Wahlkampfthema werden lassen. Insgesamt fehlte, auch von seiten der ohnehin durch das Regime domestizierten Opposition, eine klare Abgrenzung eigener Positionen. Auch das regionale Umfeld hat eine wichtige Rolle gespielt. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Nachbarland Algerien haben oppositionelle Regungen weitgehend zum Verstummen gebracht.

Für das Fortdauern der faktischen Einparteienherrschaft sind sicherlich auch konstitutionelle Schwächen verantwortlich. Gerade in sich entwickelnden Demokratien verhindert das Mehrheitswahlrecht, daß sich noch schwach organisierte Oppositionsparteien am parlamentarischen Leben beteiligen können. Ben Ali hat denn auch mit der Beibehaltung dieses Prinzips - ungeachtet kosmetischer Veränderungen - jedes Risiko vermieden.

Hauptgrund für den Wahlerfolg dürfte aber die solide Bilanz sein, die die Regierung nach sechs Jahren Herrschaft vorweisen kann.

Bei seinem Machtantritt hatte Ben Ali das kurz vor dem Bürgerkrieg stehende Land von einem greisen Bourguiba übernommen, der Tunesien auch wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes gebracht hatte. Ben Ali ist es gelungen, einen friedlichen Machtwechsel herbeizuführen. Er hat den Bourgibismus in Teilen kritisiert, aber nicht sein auch positives Erbe geleugnet. Mit diesem "Wandel in Kontinuität" hat er offensichtlich genau die Stimmungslage der Bevölkerung getroffen.⁴⁰ Die alte Mannschaft ist durch neue Gesichter

³⁸ Zum Wahlkampf und den einzelnen Ergebnissen siehe Justus Richter, "Die tunesischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 20.4.1994", in: KAS-Auslandsinformationen 4/94, S. 30-46

³⁹ "Warten auf eine Öffnung in Tunesien", NZZ, 15.5.93

⁴⁰ Justus Richter, "Die 'Neue Ära' Tunesiens", in: KAS-Auslandsinformationen, 2/94, S. 47-54

verjüngt worden, die Wirtschaft befindet sich eindeutig im Aufwind. Die islamistische Opposition hat Ben Ali nach einer Übergangszeit in den Untergrund, ins Gefängnis oder ins Exil gedrängt, ohne daß es, wie in Algerien, zu einer Spirale der Gewalt gekommen wäre. Ben Ali konnte darüber hinaus in hohem Maße Wählerinnen mobilisieren, weil keine andere Partei ein klares Programm hinsichtlich der Rechte von Frauen aufweist⁴¹.

Vor diesem Hintergrund wird die auf halber Strecke steckengebliebene Pluralisierung und politische Öffnung von den meisten Tunesiern ohne besonderes Interesse verfolgt. Die Mehrzahl von ihnen scheint zu den "Khobzistes" zu gehören, d.h. zu denen, die vor allem Brot, Sicherheit, sozialen Frieden und einen bescheidenden Wohlstand wünschen. Mit ihrem Präsidenten, der ihnen all dies garantiert, besteht der Konsens, keine Experimente eingehen zu wollen.⁴² Diese Neigung, sich in einer Art von Interessenidentität mit dem politischen Führer zu sehen - besonders im ländlichen Milieu vorherrschend -, ist von Ben Ali geschickt genutzt worden. Er hat sich erfolgreich als Symbol der Homogenität des Landes etabliert, eine Interessensidentität vor allem auf der gemeinsamen Gegnerschaft zum Islamismus aufgebaut. Wenngleich Ben Ali sich als Verkörperung des modernen Staatsmannes zu präsentieren weiß, und Tunesien in einigen Bereichen durchaus moderne, demokratische Elemente aufzuweisen hat, so ist die Gesellschaft doch grundsätzlich obrigkeitsstaatlich und autoritär organisiert. Von einer Demokratie westlichen Zuschnittes ist Tunesien jedenfalls weit entfernt.⁴³ Deutlich wird dies nicht nur an der engen Verquickung von Staat und RCD, sondern vor allem an dem völligen Fehlen von Presse- und Meinungsfreiheit und an der äußerst beunruhigenden Situation der Menschenrechte.

3.4 Die Situation der Menschenrechte und der Stand der Presse- und Meinungsfreiheit

Obwohl eine ernstzunehmende organisierte Opposition heute praktisch nicht existiert, bleibt das Regime äußerst wachsam. Per Erlaß ist das Tragen von Schleier und Vollbart - demonstratives Symbol politischer Gesinnung - untersagt, und vor allem im Grenzbereich zu Algerien sind die Tunesier beispiellosen Sicherheitskontrollen unterzogen. Die Polizei ist omnipräsent und ahndet jede öffentliche Artikulation von Kritik mit Repressionen. Die "Ligue des Droits de l'Homme", in der sich ein breites Spektrum politischer Oppositioneller gesammelt hatte und die durch ein neues Vereinigungsgesetz 1992-93 mundtot gemacht werden sollte, hat trotz aller Schwierigkeiten ihre Aktivitäten wieder aufgenommen:⁴⁴ Ihre Kritik gilt dem Stand der Presse- und Meinungsfreiheit. In der tristen, regierungskonformen Medienlandschaft fehlen unabhängige Zeitungen, die sich dem Personenkult um Ben Ali verweigern. Die wenigen Journalisten, die sich dem Akklamationsdruck entziehen, sind Sanktionen ausgesetzt und teilweise inhaftiert. Die Strafmaßnahmen betreffen seit neuestem auch die westliche Presse, die im Vorfeld der Wahlen einer beispiellosen Diffamierungskampagne ausgesetzt waren. Journalisten

⁴¹ Zyad Limam, "Les élections, et après?", JA, Nr.1733, 24.-30.3.1994

⁴² Zyad Limam, "Un pour tous, tous pour un?", JA, Nr.1727, 10.-16.2.94

⁴³ s. Anm.30

⁴⁴ Jacques de Barrin, "La Ligue des Droits de l'Homme maintient ses critiques", Le Monde, 20.4.94

renommierter Zeitungen wurden zu "unerwünschten Personen" erklärt, die Verbreitung von *Le Monde* und *Libération* ist seit März in Tunesien verboten.⁴⁵ Der Staat scheint sein Informationsmonopol um jeden Preis aufrechterhalten zu wollen. Seit den Islamistenprozessen 1992 sitzen nach Angaben der Opposition Tausende ihrer Anhänger in Gefängnissen. Gannouchi erhielt politisches Asyl in London. Vertretern von Amnesty international wird häufig der Zugang zu Prozessen verweigert. In den Gefängnissen herrschen menschenunwürdige Bedingungen, Folter ist an der Tagesordnung. Das Regime reagiert äußerst scharf auf derartige Vorwürfe und kontert sofort mit "Vaterlandsverrat unter dem Vorwand der Menschenrechte".⁴⁶

3.5 Entwicklungspolitische Erfolge: Bildungsreform und Frauenförderung

Die größten Erfolge hat Tunesien in den Bereichen Bildung, Frauenförderung und Eindämmung des Bevölkerungswachstums erzielt. Dank der freien Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln und einer dreißigjährigen Anstrengung auf dem Gebiet der Geburtenkontrolle ist es Tunesien als bisher einzigem nordafrikanischen Staat gelungen, die demographische Entwicklung unter Kontrolle zu bekommen. Das Bevölkerungswachstum beträgt heute 1,9%.

Mit einer ehrgeizigen Bildungsreform, eingeleitet 1989, trägt die tunesische Regierung der Tatsache Rechnung, daß ein funktionierendes, modernes Staatswesen über ein hohes Bildungsniveau auf breiter Basis verfügen muß.

Obligatorischer kostenloser Schulbesuch bis zum 16. Lebensjahr und der Ausbau eines neuen technischen und ökonomisch-administrativen Zweiges an Schulen und Universitäten sollen die Ausbildung demokratisieren, und die soziale Integration in Abstimmung mit dem Arbeitsmarkt fördern. Die grundlegende Reform von Religionsunterricht, Geschichte und Staatsbürgerkunde können als wahre ideologische Revolution gelten und sollen den "neuen tunesischen Bürger" formen und ein modernes Frauenbild vermitteln. In zehn Jahren, wenn eine ganze Generation das neue System durchlaufen hat, wird man das Ergebnis der Umstrukturierung absehen können⁴⁷. Der heftige Widerstand, der diesen "ideologischen Säuberungen" von Beginn an von Islamisten und Konservativen entgegengesetzt wurde, macht die politische Dimension der angestrebten Erziehungsreform deutlich: hier soll das Feld, auf dem diese bisher ungestört prosperieren und ihr Gedankengut verbreiten konnten, ausgetrocknet werden.

Ähnliche Motive galten auch für die Frauenrechtsreformen im Juli 1993, die die Bestimmungen des Personalstatuts noch beträchtlich erweiterten, und mit dazu beitrugen, daß Stellung und Rechtssicherheit der tunesischen Frauen als einzigartig in der arabischen Welt gelten können. Sicherlich hat die Notwendigkeit, den antiislamistischen Konsens zu erweitern, eine große Rolle bei den spektakulären Reformen gespielt. Darüber hinaus scheint Ben Ali aber auch verstanden zu haben, daß nur die grundlegende Modernisierung

⁴⁵ *Le Monde*, 12.4.94

⁴⁶ *Le Monde*, 20.4.94; "En Tunisie: la crainte et l'ignorance", *Le Monde Diplomatique*, Mai 1994

⁴⁷ Dossier Tunesien, in: JA, 17.-23.3.94

der Gesellschaft - deren Eckpfeiler Erziehung und Einbindung der weiblichen Bevölkerung sind - die Gesellschaft in Krisenzeiten immun gegen die islamistische Propaganda machen.

3.6 Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Seit 1986 läuft unter der Ägide von IWF und Weltbank ein umfassendes Strukturanpassungsprogramm mit den üblichen Standardauflagen. Die Erfolge Tunesiens sind insgesamt beachtlich. Dank einer strengen Austeritätspolitik konnte das Haushaltsdefizit von 5% auf 2,4% des BSP gesenkt werden, die Verschuldung liegt unter 50% des BSP. Damit würde Tunesien, wie man stolz vermerkt, die Kriterien des Maastrichter Vertrages erfüllen, die 3%, bzw. 60% zulassen⁴⁸.

Die Teuerungsrate ist mit 5,2% die niedrigste seit Jahrzehnten. Der tunesische Dinar nähert sich der vollen Konvertierbarkeit, und die Wachstumsrate, die nach dem Rekordergebnis 1992 von 8,6% im folgenden Jahr auf 3% gesunken war, dürfte 1994 nach Schätzungen bei ca. 6% liegen. Die positiven Eckwerte scheinen weniger Resultat einer effektiven Wirtschaftspolitik zu sein, als vielmehr Ergebnis der günstigen Entwicklungen in den Sektoren Landwirtschaft, die mit 6,2% am Wirtschaftswachstum beteiligt war, und dem Tourismus. In beiden Fällen handelt es sich um schwer kalkulierbare und planbare Variablen, wie nicht zuletzt der Einbruch des Tourismus während der Golfkrise zeigte.⁴⁹

Den positiven Daten steht allerdings ein Handelsbilanzdefizit gegenüber, das zwischen 1991 und 1992 von 1,35 Mrd.\$ auf 2,4 Mrd.\$ angestiegen ist. Die Deckungsrate betrug 1992 62% und befand sich damit auf dem niedrigsten Niveau seit 1986. Die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell 15%, dürfte aber real eher bei 25-30% liegen.

Die Privatisierungsbemühungen betreffen vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Im Bereich der Großbetriebe leben etatistische Einstellungen fort, herrscht weiterhin staatliche Kontrolle. Ebenso unterliegt das Geld- und Kreditwesen der Reglementierung. Für die kleinen und mittleren Betriebe sind allerdings günstige Rahmenbedingungen geschaffen worden. So erleichtert das neue Investitionsgesetz Betriebsgründungen gerade für die Betriebe, die export- und arbeitsintensiv arbeiten und auf einheimische Zulieferungsbetriebe zurückgreifen.⁵⁰

Tunesien ist besonders von den Einfuhrbeschränkungen der EU für industrielle Fertigprodukte, die über 60% seiner Exporte (davon 80% im Textilbereich) ausmachen, betroffen. Im Bereich von Joint-Venture-Unternehmen sind beachtliche Fortschritte erzielt worden. 1992 gab es bereits 1.500 solcher Betriebe, zu denen auch 150-160 Betriebe mit deutscher Beteiligung gehören. Günstig wirkt sich für ausländische Investoren und Unternehmer der hohe Ausbildungsstand der Facharbeiter aus, sowie ein soziales Klima, in

⁴⁸ Rudolph Chimelli, "Lockerungsübung in stabiler Lage", SZ, 17.9.93

⁴⁹ Die Angaben sind entnommen: "Maroc/Tunisie - le Match", JA, Nr.1713, 10.-16.3.94; Mohamed Dridi, "Tunesien empfiehlt sich Afrika als Modell", SZ, 15.2.94; Dieter Nohlen/Franz Nuscheler(Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt. Nordafrika und Naher Osten, Bd.6, Bonn 1993; Michael Köhler, "Wirtschaftspolitik und Autoritarismus in Tunesien", KAS-Auslandsinformationen 1/1993

⁵⁰ Dossier Tunesien, in: JA, 17.-23.3.94

dem praktisch keine Streiks oder Krankmeldungen auftreten. Einem ausgebauten Kündigungsschutz und Lohnkosten, die ungefähr denen Portugals entsprechen, steht das Fehlen jeder Arbeitslosenunterstützung gegenüber. Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen reduziert und ziehen in der Regel am selben Strang wie die Regierung.⁵¹

⁵¹ Thierry Vincent, "Tunisie. Emploi: le défi de la qualité.", JA, Nr. 1741, 19.-25.5.94

4. Marokko

4.1 Politisches System und Stand der Demokratisierung

Das marokkanische politische System, auch als "Hassanismus" bezeichnet, ist auch nach der neuen Verfassung von 1992 ganz auf die Person des Königs zugeschnitten. Hassan II. ist nicht nur politisches Zentrum, sondern auch "Herrscher der Gläubigen". Durch die Sakralisierung seiner Person als direkter Nachfahre des Propheten wird die königliche Macht historisch und religiös legitimiert und absolut verbindlich. Diese Umstände erklären auch, warum in Marokko, bei einer ähnlichen ökonomischen Ausgangslage wie in Tunesien und Algerien, der Islamismus nie eine systembedrohende Rolle gespielt hat. Darüber hinaus besetzt der König das religiöse Feld durch die Ermutigung eines religiösen Pluralismus und durch die systematische Schwächung der Geistlichkeit, die in hohe staatsnahe Posten eingebunden wird. Hassan II. fördert außerdem alle Manifestationen des in Marokko sehr vitalen Volksislam wie Heiligenkult und Maraboutismus, aus dessen Impetus auch der Kult um seine Person herrührt.

Das System der Kooptierung wird auf allen gesellschaftlichen Ebenen angewandt. Seine finanziellen Möglichkeiten setzt der König als Kontrolle und Lockmittel ein, um Personen seiner Wahl in den Bannkreis der Monarchie zu ziehen und dort zu binden. Hassan II. hat das Recht, alle Beamten zu ernennen und ist so in der Lage, aufsteigende Kräfte zu berücksichtigen und sich der aktuellen Situation anzupassen. Die Postenvergabe erfolgt nicht nach Verdienst, sondern ist eine bewußte Gunstbezeugung.

Freie Wahlen, wie nirgendwo in Nordafrika, parlamentarisches System und Parteienpluralismus, die der König nicht oft genug mit den westlichen Demokratien vergleichen kann, haben allein die Funktion der Machterhaltung und Legitimierung der Monarchie. Durch die Einbindung von Parteien und Gewerkschaften werden alle gesellschaftlichen Interessen austariert und Entfaltungsmöglichkeiten in einem eng abgesteckten Aktionsraum zugelassen. In einem ausgeklügelten System des *divide et impera* fördert der König Abspaltungen und Neugründungen von Parteien und damit die Zersplitterung der politischen Kräfte.

Sich selbst versteht der König als über den Parteien stehend, quasi als Schiedsrichter zwischen ihnen, und den Parteienpluralismus als Geschenk an das Volk. Die eigentliche Beziehung zwischen König und Volk beruht jedoch auf einem fiktiven Pakt zwischen beiden, bekräftigt durch einen jährlich wiederholten Huldigungseid (*baïca*). Folgerichtig umgeht der König oftmals durch Referenden Parlament und Regierung.⁵²

Grundbedingung für die Zulassung von Parteien ist die Zustimmung zu den konstitutiven Elementen des Systems - Monarchie und Islam - sowie zu den großen nationalen Optionen, wie die Zugehörigkeit der West-Sahara zu Marokko (s.u.). Die bestehenden Parteien lassen sich in zwei Gruppen einteilen: den oppositionellen Block der "Altparteien" (Kutla), zu dem die Sozialisten und die kleinbürgerlich-traditionalistische Istiqlal-Partei gehören, und den Block der "Königsparteien" (Wifaq), sowie dem königstreuen RNI, der nicht zum

⁵² Rudolph Chimelli, "Marokkos gespaltene Familie", SZ, 29.12.1993

Wifaq gehört.⁵³ Die seit langem bestehende Allianz der Oppositionsparteien funktioniert trotz beträchtlicher Unterschiede über das gemeinsame Interesse einer konstitutionellen Beschränkung der königlichen Macht. Ihre Parteien setzen sich insbesondere für soziale Belange ein und verfolgen einen staatsinterventionistischen ökonomischen Ansatz.

Die zweite Gruppe, die "Königsparteien", seit 1984 an der Regierung beteiligt, stellen eher "Personenverbände" dar, deren ideologische Ausrichtung sich auf das Bekenntnis zum Wirtschaftsliberalismus reduziert. Zum Teil auf Geheiß des Königs gegründet, um jeweils bestimmte Gesellschaftssegmente zu integrieren, repräsentieren sie wirtschaftlich-soziale Klientelgruppen, bzw. sind mit diesen identisch und funktionieren als Pressure-Groups von Wirtschaftsverbänden. Über dieses Lobbysystem werden Posten vergeben, Einkünfte gesichert und der Einfluß der Wirtschaft auf die Politik institutionalisiert.⁵⁴

Das Parlament verfügt allerdings über keine echte Kontrolle der Exekutive, auch wenn es die Regierung mit absoluter Mehrheit abwählen kann. Eine Gewaltenteilung besteht nur "kraft Delegation auf den untergeordneten Ebenen".

Den Premier und die Minister der wichtigsten Ressorts stellen immer parteilose Technokraten. Die übrigen Minister wählt der König in der Regel aus der stärksten Parlamentsfraktion, manchmal aber auch aus den Reihen der Opposition⁵⁵. Die Regierung hat also, jedenfalls an den Schaltstellen, keine parlamentarische Basis. Größeren Einfluß als die Regierung hat ein eng mit der königlichen Familie verbundenes Netz von Vertrauensleuten und Beratern, über das der König in Innenministerium und Armee verfügt. Seine politischen Entscheidungen trifft der König somit an den Institutionen vorbei. Regierung und Premierminister funktionieren als "Hilfsorgane" des Monarchen, die die königlichen Vorgaben im innen- und außenpolitischen Bereich ausarbeiten.

Ein Machtwechsel geht in Marokko nicht aus dem Willen des Volkes hervor, sondern ist vom Gutdünken des Königs abhängig. Dies zeigte sich zuletzt nach den Parlamentswahlen im Juni 1993. Obwohl die Oppositionsparteien knapp die absolute Mehrheit verfehlten, bot der König ihnen eine Regierungsbeteiligung an. Das "außerparlamentarische" Angebot des Monarchen betraf allerdings nur zweitrangige Ministerien und wurde folgerichtig auch von der Opposition ausgeschlagen. Eine solchermaßen zusammengesetzte Regierung habe keinerlei tatsächliche Macht und könne nicht politisch verantwortlich handeln. Man sei jederzeit bereit, diese Verweigerungshaltung zu revidieren, wenn der König einen wirklichen, parlamentarisch legitimierten Machtwechsel zulasse.⁵⁶ Die Einsetzung des bisherigen Außenministers Filali als neuen Premier gilt als Zugeständnis an die Opposition und rückt einen Machtwechsel in greifbare Nähe.⁵⁷

⁵³ Der RNI (Rassemblement National des Indépendents) fungiert zeitweilig als eine Art "loyale Opposition".

⁵⁴ Siehe dazu Michael Köhler, "Ein- und Mehrparteiensysteme in Nordafrika: Marokko", KAS-Auslandsinformationen 9/88, H.II

⁵⁵ Ebenso kommt es vor, daß der König Parteien in die Opposition schickt, so geschehen von 1981-85 mit dem RNI, um dieses Feld nicht alleine von der linken USFP besetzen zu lassen.

⁵⁶ Hamid Barrada, "Pourquoi l'opposition refuse le pouvoir", JA, Nr.1714, 11.-17.11.1993

⁵⁷ François Soudan, "Pourquoi Filali?", JA, Nr.1743, 2.-8.6.94

4.2 Die Situation der Menschenrechte

Die Liste der Menschenrechtsverletzungen Marokkos ist lang und belastet sein Ansehen. Inhaftiert sind nicht nur Hunderte von Oppositionellen und zu lebenslanger Haft verurteilte Islamisten, sondern immer noch zahlreiche Jugendliche, die seit den Unruhen der 80er Jahre im Gefängnis sitzen. Als "vermißt" gelten auch über 400 Anhänger der Befreiungsbewegung Polisario, die für die Unabhängigkeit der West-Sahara kämpft. Folterungen bei Verhören sind gängige Praxis. Die Begnadigung ist königliches Vorrecht und wird zu ausgewählten Anlässen, wie zuletzt dem GATT-Gipfel, medienwirksam eingesetzt. In einem öffentlichen Appell wiesen marokkanische Rechtsanwälte darauf hin, daß die Menschenrechte Teil der Realpolitik des auf internationales Prestige bedachten Staates geworden zu sein scheinen. An der Struktur des Systems der Rechtlosigkeit habe sich jedoch nichts geändert, Sanktionen gegenüber den Verantwortlichen von Folterungen seien bisher ausgeblieben.⁵⁸

4.3 Der Stand der Presse- und Meinungsfreiheit

Das Parlament bietet nicht nur Raum für Initiativen der Lobbyisten, sondern ist durchaus auch ein offenes Forum für Oppositionskritik. In Form von Eingaben und Haushaltsdebatten führt die Opposition in den Bereichen Menschenrechte, Erziehung, Soziales, Religion und Wirtschaft zum Teil erbitterte Diskussionen, die in einem bestimmten Rahmen durchaus erwünscht sind. Sie haben zum einen Ventilfunktion und demonstrieren zum anderen Pluralismus und Demokratie.

Die Presselandschaft ist verhältnismäßig vielfältig, die vom Staat subventionierten Zeitungen der Opposition sind die meistgelesenen in Marokko und bilden ein Forum vorsichtiger Kritik an Menschenrechtsverletzungen und sozialen Mißständen. Die Grenzen der Pressefreiheit sind jedoch deutlich: die Bereiche Äußeres, Verteidigung und Stellung des Königs sind tabu. Wenn nicht die weitgehend verinnerlichte Selbstzensur der Journalisten ausreicht, werden Zeitungen zensiert oder vorübergehend verboten. Kritik kann nur systemimmanent vorgebracht werden. Der Bildung staatsfreier Artikulationskanäle beugt der König - diese Strategie gilt ebenso in den Nachbarstaaten - durch die Gründung eigener Foren und Vereinigungen vor, die aktuelle Oppositionsthemen kontrolliert aufgreifen.

Alle königlichen Akte, die eine gesellschaftliche Öffnung anzeigen sollen, sind immer auch demonstrativ-symbolische Gesten gegenüber dem westlichen Ausland. Dies gilt sowohl für die Nominierung eines jüdischen Ministers für Tourismus, Serge Berdugo⁵⁹, wie für das neu geschaffene Ministerium für Menschenrechte unter Leitung des ehemaligen Präsidenten der Menschenrechtsliga OMDH, Omar Azziman.⁶⁰

⁵⁸ Le Monde, 13. und 14.4.94

⁵⁹ Bereits 1956 hatte es zeitweilig einen jüdischen Minister, Dr. Benzaquen, gegeben.

⁶⁰ François Soudan, "Le juif et le militant", JA, Nr. 1718, 9.-15.12.93

4.4 Wirtschaftliche Perspektiven

Seit 1983 läuft ein strukturelles Anpassungsprogramm unter der Ägide des IWF. Die bisherigen Erfolge können sich sehen lassen, sind aber noch lange nicht hinreichend.

Marokkos Auslandsverschuldung beläuft sich heute auf über 21 Mrd.\$, das sind 78% des BSP. Obwohl die Importe reduziert werden konnten, ist die Deckungsrate 1992 noch auf 56% gesunken. Das Handelsbilanzdefizit hat sich auf 3 Mrd.\$ erhöht. Die jährlichen Überweisungen marokkanischer Gastarbeiter von 2 Mrd.\$ sind heute größter Devisenbringer. Deshalb ist man von offizieller Seite aus auch wenig an einer wirklichen Integration der Marokkaner in ihren Gastländern interessiert, da diese Einnahmequelle dann versiegen könnte. Dies gilt im übrigen auch für Tunesien. Die Erträge aus dem florierenden Tourismus betragen 1993 1,24 Mrd.\$, bedeutend mehr als in Tunesien, das auf billigen Massentourismus gesetzt hat. Die Landwirtschaft, die 45% der Bevölkerung beschäftigt, ist immer wieder von periodischen Dürren bedroht.

Dank einer exzeptionellen Getreideernte 1993/94, die sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht hat, kann man für 1994 von einem Wirtschaftswachstum von 5% und einer Erhöhung des BIP von 11% ausgehen⁶¹. Zu den zahlreichen Maßnahmen zur Entwicklung des Agrarsektors, wie einer Ausweitung der bewässerten Flächen (bisher erst 11%, die allerdings zu 75% des Exportes beitragen), gehört auch ein geplantes Versicherungssystem für Kleinbauern, das bei Ernteausschlägen eine gewisse Entschädigung garantiert. Der seit zehn Jahren eingeleitete Industrialisierungsprozeß setzt auf verarbeitende Industrie im Bereich Textil, Elektronik und Autos. Die Exporte beliefen sich 1992 auf 3,8 Mrd.\$, davon 63% in die EU. Bei einem begrenzten inneren Markt und mangelnder Kaufkraft ist Marokko extrem von der europäischen Konjunktur abhängig. Innerhalb des Maghreb hat Marokko seine Ökonomie am weitestgehendsten liberalisiert, seine Produktion aber bisher noch unzureichend diversifiziert. Als besonders entwicklungshemmend gilt in Marokko vor allem die, trotz aller Anstrengungen im Bildungssektor, hohe Analphabetenrate von über 60%, die - und das ist das alarmierendste - alle Altersstufen durchzieht und im Fehlen qualifizierter Facharbeiter sichtbar wird, sowie die hohe Abhängigkeit vom Agrarsektor und die Arbeitslosigkeit.

4.5 Grenzen sozialer Kontrolle und gesellschaftliches Konfliktpotential

Die günstigen ökonomischen Eckdaten und das wirtschaftliche Potential Marokkos haben sich bisher nur wenig auf Lebensstandard und soziale Sicherheit der Bevölkerung ausgewirkt. Eine Geburtenrate von 2,7% macht die Erhöhung des Bruttosozialproduktes fast zunichte. Die Ausgaben für die öffentliche Gesundheit sind stark angestiegen, aber wegen der jahrzehntelangen Vernachlässigung dieses Bereiches beträgt die Kindersterblichkeitsrate immer noch 57 von 1000, und für 4.760 Menschen steht nur ein Arzt zur Verfügung.

Die Einkommensdisparitäten sind in der marokkanischen Gesellschaft besonders ausgeprägt. 30% der Marokkaner leben in Armut. Die Mittelschichten, die den Großteil

⁶¹ Khalil Zniber, "Une croissance tirée par le ciel", JA, Nr. 1743, 2.-8.6.94

der Steuerlast tragen, umfassen etwa 150.000 Personen, deren untere Einkommensgruppen von der Aussteritätspolitik stark betroffen sind. Profiteure der Liberalisierungspolitik sind die städtische Großbourgeoisie, die Agrarbourgeoisie, sowie die neuen Technokraten- und Wirtschaftseliten. Die hohe Wachstumsrate 1994 soll allerdings stärker der Bevölkerung zugute kommen. Die Regierung hat eine Erhöhung der Gehälter um 10%, Steuererleichterungen und den Bau von 200.000 Sozialwohnungen vorgesehen.

Die Arbeitslosenquote ist schwer zu bestimmen, da Unterbeschäftigung, Saisonarbeit und der informelle Sektor, sowie Arbeit abhängiger Familienangehöriger nicht in die Zahlen einfließen.

Seit den 90er Jahren drängen Tausende von Universitätsabsolventen auf einen Arbeitsmarkt, der diese kaum integrieren kann, Anzeichen dafür, daß offensichtlich seit Jahren am Arbeitsmarkt vorbei ausgebildet wurde. Sozialer Sprengstoff liegt in den überbevölkerten städtischen Ballungszentren, die abwandernde Kleinbauern und landlose Arbeiter anziehen. Seit dem Aufstand in Casablanca 1965 wurde Marokko von zahlreichen sozialen Krisen und Unruhen erschüttert. 1981 und 1984 kam es wegen der anhaltend schlechten Wirtschaftslage zu sozial motivierten Aufständen, die den Vorwand boten, diverse religiöse Gruppen in den Untergrund abzudrängen und 1985 27 Todesurteile gegen Islamisten zu verhängen. Zuletzt kam es 1990 und 1991 zu Revolten, die durch Studenten- und Schülerproteste ausgelöst wurden.

Mit taktischem Geschick ist es dem König bisher immer gelungen, durch verbale außenpolitische Kraftakte, die teilweise zu erheblichen Spannungen vor allem mit Frankreich führten, das Volk hinter sich zu scharen und soziale Spannungen zu kanalisieren.⁶² Als besonders einheitsstiftend hat sich seit 1976 die Besetzung und Annexion der West-Sahara erwiesen, mit der der König in einer beispiellosen Einmütigkeit sein Volk und alle Parteien hinter sich scharen konnte. Zur höchsten nationalen Priorität erhoben, erlaubte der Schulterenschluß aller gesellschaftlichen Kräfte in diesem Konflikt einen Aufschub institutioneller Formen der Partizipation und ebenso eine gefahrlose Eingliederung der Armee in die nationale Gemeinschaft. Von größter innenpolitischer Bedeutung ist deshalb der Ausgang dieses Konfliktes. Ein Referendum der sahrauanischen Bevölkerung über den Anschluß an Marokko wurde über Jahre hinweg immer wieder verschoben. Zum einen, weil sich die Polisario und Marokko nicht darüber verständigen konnten, wer eigentlich abstimmungsberechtigt ist, da Zehntausende Sahrauaner in Flüchtlingslagern in Algerien leben und ebensoviele Marokkaner bereits in der West-Sahara angesiedelt wurden. Zum anderen, weil eine Fortsetzung des Status quo im marokkanischen Interesse liegt - trotz der immensen Kosten durch Krieg und Besetzung und des diplomatischen Schadens, den Marokko durch seine starre Position erlitten hat.⁶³

⁶² Claude Nigoul, "Krisenhafte Entwicklungen im westlichen Mittelmeer. Der Maghreb und Frankreich", Europa-Archiv, Folge 13/1991

⁶³ François Soudan, "A nouveau la guerre?", JA, Nr. 1738/39, 28.4.-11.5.94

5. Die innermaghrebische Kooperation

Die drängenden Wirtschaftsprobleme im Maghreb verschärfen sich 1986 mit der Süderweiterung der EG um Spanien und Portugal. Europa erzielte dadurch einen so hohen Selbstversorgungsgrad bei Produkten, die traditionelle Exportgüter des Maghreb sind, daß der maghrebische Handel mit seinem Hauptpartner Europa durch die konkurrierenden Erzeugnisse empfindliche Einbußen erlitt. Dies gab letztlich den Anstoß für die lange geplante Gründung der Arabischen Maghreb-Union (AMU) zwischen den Ländern des Kernmaghreb, sowie Libyen und Mauretanien am 17.2.1989. Gemeinsam sollten nach dem Vorbild der EG die Bedingungen geschaffen werden, die strukturellen Probleme zu überwinden, langfristig durch einen gemeinsamen Binnenmarkt bis zum Jahr 2000.

Grenzen maghrebischer Regional Kooperation ergeben sich vor allem aus dem marginalen Anteil regionaler wirtschaftlicher Verflechtung (so bezog Marokko zum Beispiel sein Erdöl bis in die jüngste Zeit nicht etwa aus dem Nachbarland Algerien, sondern aus dem Irak). Neben der Komplementarität in einigen Sektoren, verhindern die in den meisten Bereichen bestehenden großen Übereinstimmungen in den Produktstrukturen einen sinnvollen Warenaustausch. Zu der internen Absatzkonkurrenz kommt die Standortkonkurrenz gegenüber Europa, sowie die Abhängigkeit vom Import wissenschaftlich-technischen Know-hows. Eine immer noch mangelhafte Infrastruktur (Bahnlinien, Straßen) zur Ausweitung des Handels und in unterschiedlichem Maße liberalisierte Ökonomien gelten als weitere Hemmnisse.

Die bisherigen Ergebnisse der Regional Kooperation hinken entsprechend den Plänen hinterher. Immerhin ist im April 1994 auf der Gipfelkonferenz in Tunis die bevorstehende Realisierung einer Freihandelszone angekündigt worden. Von der Öffnung der Grenzen hat vor allem der Schwarzmarkt profitiert, weniger Joint-Venture-Unternehmen. Offizielle innermaghrebische Handelsaktivitäten fristen immer noch ein Schattendasein zwischen 3-10% des gesamten Handelsvolumens. Die "inoffiziellen" Güterverschiebungen zwischen den Grenzen hingegen haben einen beträchtlichen Umfang angenommen und sollen inzwischen fast die Hälfte des algerischen und marokkanischen Handelsvolumens ausmachen. Trotz des erklärten Ziels, den "informellen" Markt unter Kontrolle zu bringen, ignoriert man die weniger flagranten Fälle, da dieser Sektor zahlreiche Arbeitskräfte absorbiert. Der Steuerausfall wirkt sich allerdings negativ auf die Bemühungen zur Eindämmung der Inflation aus.⁶⁴ Grenzüberschreitender Austausch ist auch im Drogenhandel von Marokko nach Algerien zu verzeichnen.

Im politischen Bereich hat die AMU für eine verbesserte Kommunikation eine gewisse Bedeutung erlangt, wenn auch die regionalen Loyalitäten nicht prioritär sind und den unabhängigen Außenpolitiken wenig Restriktionen auferlegen.⁶⁵ Insbesondere das Verhältnis Marokko/Algerien, aber auch Marokko/Tunesien bleibt weiterhin von diversen Dissonanzen geprägt, die sich nicht zuletzt in der Kritik am jeweiligen Umgang mit

⁶⁴ Spencer, a.a.O., S.40f.

⁶⁵ Eva Weidnitzer; Regionale Kooperation im Rahmen der "Union du Maghreb Arabe" und Perspektiven der Zusammenarbeit mit der EG, Berlin 1991

islamistischer Opposition aufzeigen lassen und jüngst zur Einführung eines Visumszwangs zwischen Marokko und Algerien führten.

Insgesamt wird das ambitionierte Projekt regionaler Kooperation auf absehbare Zeit nur Stückwerk bleiben. Regionale Zusammenarbeit ist bisher lediglich Ergänzungsfaktor zu einer vom Primat nationalstaatlicher Interessen bestimmten Politik.

6. Der Maghreb und Europa

Stellenwert und Bedeutung des Maghreb werden innerhalb der Europäischen Union unterschiedlich wahrgenommen. Während für Deutschland Stabilisierung und Integration des Ostens Europas vorrangig sind, haben für die europäischen Mittelmeeranrainer die Entwicklungen ihrer südlichen Nachbarn höchste Priorität. Allein in Frankreich leben 750.000 Algerier und mindestens 570.000 Marokkaner und 200.000 Tunesier. Auch Spanien und Italien haben große maghrebische Bevölkerungsteile. Stabilität und Sicherheit an der Südflanke Europas - in jüngster Zeit vor allem von Spanien eingefordert, das die französische Dominanz in der Region aufzubrechen sucht - wird deshalb in erster Linie unter dem Gesichtspunkt potentieller neuer Migrationsbewegungen gesehen. Eine Destabilisierung des Maghreb hätte eine Zunahme von Flüchtlingsströmen nach Südeuropa zur Folge. Wirtschaftlich würde sich eine Destabilisierung nicht nur empfindlich auf dem Energiesektor auswirken⁶⁶, sondern vor allem die Rückzahlung ausstehender Schulden gefährden. Die Europäische Union versucht daher, mit wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe die Entwicklungen in der Region zu beeinflussen.

6.1 Die wirtschaftlichen Beziehungen

12% der EU-Mittel für Entwicklungshilfe fließen in den Maghreb. Zur Finanzierung von Agrar- und Infrastrukturprogrammen für den Zeitraum 1992-96 sind den Mittelmeeranrainern 4,4 Mrd. ECU zugesagt. Damit ist die europäische Unterstützung für den Maghreb die wichtigste Finanzquelle. Die zur Verfügung gestellten Mittel dürften allerdings nicht ausreichen, das Migrationspotential hinreichend zu verringern.⁶⁷

Denn gleichzeitig kollidiert die in Teilen von Protektionismus bestimmte Außenhandelspolitik der EU mit ihrer Entwicklungshilfepolitik. Durch umfangreiche Agrarexporte in den Maghreb wird das entwicklungspolitische Ziel, die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln zu fördern, durchkreuzt. Die vorrangige Förderung von Verarbeitungsindustrien hat einerseits ungewollt die Tendenz zur Landflucht verstärkt, andererseits eine positive Bilanz bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze vorzuweisen. Die arbeitsmarktpolitischen Erfolge könnten allerdings durch verbesserte Absatzchancen auf dem europäischen Markt noch bedeutend gesteigert werden. Eine kurzfristiger wirkende Verbesserung der Lebensbedingungen und der Umweltqualität und damit eine Verminderung der Migrationsbereitschaft ließe sich durch eine gezielte Handelsförderung und den Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten im Agrarbereich erzielen.⁶⁸

Trotz des erklärten Ziels, regionale Kooperation von Entwicklungsländern zu fördern (auch im Hinblick auf die politische Stabilisierung von Konfliktregionen) bestehen bislang

⁶⁶ Die Ausbeutung der Gaspipeline, die seit 1983 von Algerien über Tunesien und Sizilien nach Norditalien führt, sowie der Pipeline, die über Marokko nach Spanien, später evtl. nach Frankreich führen soll, ist abhängig von der politischen Stabilität in Algerien.

⁶⁷ Alejandro V. Lorca/Jesus A. Nunez, "EC-Maghreb Relations: A Global Policy for Centre-Periphery Interdependence", *The International Spectator*, Bd.28, Nr.3, Juli/September 1993

⁶⁸ Heiko Körner, "Immigration aus Afrika: Herausforderung für Europa", Reihe Eurokolleg 19/1992, Friedrich Ebert Stiftung

keine Abkommen zwischen EU und der AMU als Regionalorganisation. Verantwortlich dürfte dafür wohl der unterschiedliche Status ihrer Mitgliedsstaaten sein. Mit Marokko, Tunesien und Algerien bestehen im Rahmen der globalen Mittelmeerpolitik der EU Kooperationsabkommen, die handelspolitische Präferenzen umfassen, Mauretanien wird durch das Lomé-Abkommen erfaßt, während zu Libyen keinerlei vertragliche Beziehungen bestehen.

6.2 Die politischen Beziehungen

Das Zusammenwachsen Europas und die geplante Osterweiterung der Europäischen Union - zuletzt die beim Europäischen Rat in Essen im Dezember 1994 bekräftigte Absicht, den Vorbereitungen für einen Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten eine zusätzliche Dynamik zu verschaffen - sowie der Ausbau der europäischen Verteidigung haben im Maghreb die Befürchtungen verstärkt, daß Europa das Mittelmeer zunehmend als zivilisatorische und strategische Grenze betrachten könnte. Während man im Osten die Streitkräfte reduziert, bleibt die Mittelmeerflotte der NATO unvermindert präsent. Die Zusammenarbeit Spaniens, Italiens und Frankreichs bei der Entwicklung des militärischen Beobachtungssatelliten Helios⁶⁹ sowie neuere Strategiedebatten in Frankreich sind aus maghrebischer Perspektive Hinweise auf eine neue Bedrohungsperzeption Europas, in der die islamischen Länder die kommunistischen Staaten als Feindbild ablösen.⁷⁰

Dafür ist nicht zuletzt auch die maghrebische Position im Golfkrieg verantwortlich, die Europa die Unkalkulierbarkeit politischer Entwicklung im Maghreb vor Augen geführt hat. Die betonte Referenz auf die arabische Identität des Maghreb⁷¹ und Massendemonstrationen in Tunesien und Marokko - sowohl gegen die westliche Präsenz im Golf als auch gegen die Politik ihrer Regierungen - offenbarten das Auseinanderklaffen der politischen Orientierung der Eliten und der Bevölkerung. Zwar konnte die Störung der offiziellen Beziehungen nach Ende des Krieges relativ schnell beigelegt werden. Dennoch wurde deutlich, daß Kräfteverschiebungen im Maghreb - in erster Linie ein Machtwechsel in Algerien - weitreichende Konsequenzen für die außenpolitische Orientierung und die gegenseitigen Beziehungen haben könnten.⁷²

Umgekehrt steht allerdings auch die europäische Mitverantwortung für die Entwicklungen in Algerien außer Frage. Der Bürgerkrieg hat zweifellos zuerst endogene, inneralgerische Ursachen. Die französische Algerien-Politik, der sich die europäischen Partner, die keine eigenständige Politik in der Region entwickelten, anschlossen, hat aber exogen zur Eskalation des Konfliktes beigetragen.

⁶⁹ An der Südküste Spaniens wurde jüngst mit spanischen, französischen und italienischen Militäreinheiten sowie einer Einheit des Eurokorps das Manöver Tramontana 94, eine gewaltsame Rettungsaktion europäischer Bürger aus Nordafrika geübt. Siehe dazu Friedrich Kassebeer, "Alles nur Fiktion, sagen die Strategen", SZ, 7.12.94

⁷⁰ Margret Blunden, "Insecurity on Europe's southern flank", in: Survival, Bd.36, Nr.2, Sommer 1994

⁷¹ Michael Köhler, "Al-^UUruba wa-l-Islam", KAS-Auslandsinformationen 9/91

⁷² Interessant ist in diesem Zusammenhang der häufige Topos in der gesamten maghrebischen Presse, das Verhalten des Westens im Krieg in Ex-Jugoslawien als Feldzug gegen eine muslimische Enklave im christlichen Europa zu perzipieren.

Die jahrzehntelange Unterstützung verwestlichter Eliten ohne demokratische Legitimation und ein Stabilitätsbegriff, in dessen Mittelpunkt die öffentliche Ruhe in Algerien und eine Normalisierung der Beziehungen nach dem Trauma des Algerienkrieges standen, haben vor allem das autoritäre Einparteien-Regime des FLN stabilisiert. Die Einforderung von Demokratie und Pluralismus blieb ein Lippenbekenntnis. Als kontraproduktiv hat sich diese Politik nicht nur für die demokratischen Kräfte im Maghreb erwiesen, sondern sie hat gleichzeitig den Islamisten Propagandamaterial und politischen Aufwind verschafft. Dem verhassten Regime konnte man Westhörigkeit vorwerfen, dem Westen die Perpetuierung abgewirtschafteter, repressiver Systeme. Nach der eher verhaltenen europäischen Kritik am Abbruch der algerischen Wahlen konnten die Islamisten mit dem - berechtigten - Vorwurf der europäischen Doppelmoral bei demokratischen Standards anti-westliche Ressentiments in allen Gesellschaftsgruppen verstärken. Angesichts der anti-westlichen Rhetorik der Islamisten war der Westen bei aller Kritik schnell bereit, sich mit den undemokratischen Machenschaften des Regimes zu arrangieren, dessen außenpolitische Ausrichtung zumindest kalkulierbar war.⁷³

Wenngleich man inzwischen in Frankreich freimütig einräumt, daß man zu lange die sozialistische Einheitspartei auf Kosten einer demokratischen Entwicklung gefördert habe, sehen heute die politischen Kreise um Innenminister Pasqua, der sich zeitweilig als Außenminister gebärdet, aber auch Premierminister Balladur und Verteidigungsminister Léotard in der Unterstützung des algerischen Regimes die einzige Möglichkeit, eine islamistische Machtübernahme zu verhindern. Offiziell will man zwar der militärgestützten Regierung keine Blanko-Vollmacht ausstellen, praktisch aber erhält das Regime unkonditionierte materielle Hilfe (zuletzt 6 Mrd. FF Wirtschaftshilfe) und diplomatische Rückendeckung.⁷⁴

Außenminister Juppé hingegen hält, gestützt auf Geheimdienstberichte, eine Machtübernahme der Islamisten für unausweichlich und fordert eine pragmatischere und flexiblere Haltung zur FIS. Dieselbe Einschätzung vertreten mittlerweile auch Frankreichs europäische Partner und die USA, die entsprechend versuchen, sich zumindest alle Optionen offen zu halten.⁷⁵

Trotz harscher französischer Kritik hat Washington intensive Kontakte mit algerischen Islamisten aufgenommen. Abgeschreckt von den Erfahrungen mit dem Iran, versucht die amerikanische Politik einen nuancierten Kurs zu verfolgen, der sie nicht wieder in die

⁷³ Eine ähnliche Doppelmoral gilt im übrigen auch für die Beziehungen zu Tunesien und Marokko. Auch in Marokko vermochten die Menschenrechtsverletzungen und sozialen Disparitäten immer nur kurzfristig die engen Beziehungen zu stören. Wichtiger war, daß Marokko als Hort der Stabilität und als Bollwerk gegen den Islamismus, der seine Nachbarn heimsuchte, galt. Marokko hatte sich zudem, auch nach dem Ende des Kalten Krieges, nicht nur seine geopolitische Bedeutung bewahrt, sondern galt auch wegen seiner guten Beziehungen zu Israel und der Rolle, die es jahrzehntelang hinter den Kulissen für eine jüdisch-arabische Aussöhnung gespielt hatte, als privilegierter westlicher Partner. Auch im Falle Tunesiens machte man angesichts seiner pro-westlichen Haltung und seiner effektiven Unterdrückung der Islamisten Zugeständnisse an demokratische Defizite.

⁷⁴ "Shades of Extremism", *The Economist*, 13.8.94

⁷⁵ "Déjà vu", *The Economist*, 13.8.94; "Wie ein Kriegsakt", *Der Spiegel*, 33/94

Schußlinie islamistischer Extremisten katapultiert.⁷⁶ Rom und Madrid geben Visa an algerische Staatsbürger jeglicher politischer Provenienz aus und ermöglichen so die Infiltrierung französischen Territoriums. In anderen westlichen Städten haben algerische Islamisten ein öffentliches Artikulationsforum gefunden, so Anwar Haddam in den USA und der FIS-Sprecher Rabah Kebir in Deutschland, der trotz des Verbotes öffentlicher politischer Äußerungen seine Vorstellungen eines künftigen algerischen Gottesstaates in den Medien verbreitet.

Die französische Algerien-Politik ist in erster Linie von innenpolitischen Erwägungen bestimmt. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1995 gilt eine islamistische Machtübernahme als schlimmstmögliches Szenario, beim dem apodiktisch die Flucht Hunderttausender Algerier nach Frankreich⁷⁷ und ein neuer Auftrieb der Nationalen Front an die Wand gemalt werden. Bei einem Sieg der Islamisten und einem Massenzustrom algerischer Flüchtlinge, wäre ein Übergreifen der algerischen Konflikte auf die französische muslimische Gemeinde kaum zu verhindern.

6.3 Migration nach Europa - Export eines Konfliktpotentials?

Die muslimische Gemeinde in Frankreich umfaßt, vorsichtig geschätzt, etwa 4 Millionen Menschen, zum überwiegenden Teil Arbeitsmigranten. Ihre Migrationsbereitschaft resultierte aus der Sogwirkung der europäischen Wirtschaftskraft, zu der die geographische, historische und sprachliche Nähe zu Südeuropa, das Vorhandensein islamischer Gemeinden in den Einwanderungsländern, sowie in Spanien und Italien eine Tendenz zur Schattenwirtschaft hinzukam. Politisch verfolgte Oppositionelle aus Algerien, Marokko und Tunesien waren daneben immer eine Minderheit.

Seit Ausbruch der algerischen Krise ist der Strom politischer Flüchtlinge nach Frankreich sprunghaft angestiegen. Damit dominiert erstmals der Vertreibungsdruck die Sogfaktoren, die bisher Hauptmotiv der Migration waren.

Neben den Bi-Nationalen (ca. 20.000) und den mit Algeriern verheirateten Franzosen (50.000-60.000)⁷⁸ sind es vor allem die kritischen Intellektuellen, Journalisten, Schriftsteller, Ärzte, Anwälte und Dozenten, die dem Terror der Islamisten entfliehen. Längst geht es nicht mehr allein um das Recht auf freie Meinungsäußerung, sondern um das nackte Überleben. Wie viele politisch verfolgte Islamisten sich illegal in Frankreich aufhalten ist unklar, da ein Begehren auf politisches Asyl für sie völlig aussichtslos ist. Viele von ihnen scheinen andere europäische Länder vorzuziehen.

Mit administrativen Maßnahmen versucht Frankreich den Flüchtlingsstrom abzuwehren. Zu den 1993 verschärften Einreise- und Aufenthaltsrestriktionen ist die Schließung der drei französischen Konsulate hinzugekommen. Die auf dem Postweg zugestellten Visa sind faktisch nur noch über gute Beziehungen zu erhalten. Zwar hoffen die meisten

⁷⁶ Michel Colombès, "Coupable complaisance", Le Point, 14.5.94; "Le Jeu risqué de Washington à Algérie", Le Monde, 21.5.94

⁷⁷ FAZ, 19.4.94

⁷⁸ Cathérine Simon, "L'afflux des réfugiés d'Algérie inquiète les autorités françaises", Le Monde, 8.4.1994

Flüchtlinge, daß ihr Aufenthalt nur von kurzer Dauer sein wird⁷⁹, aber Paris befürchtet, daß selbst eine zeitlich begrenzte Aufnahme Signalwirkung für die Verfolger und die Verfolgten hätte, und daß ein Massenexodus der intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten des Landes den Zusammenbruch Algeriens beschleunigen könnte.

Die Verhaftung von 88 FIS-Sympathisanten im November 1993 und Hinweise auf politische Aktivitäten islamistischer Militanter, die logistische Netzwerke aufbauen und einen regen Waffenschmuggel organisieren⁸⁰, lösten eine gewisse Beunruhigung, aber keine größeren Aktivitäten in Frankreich aus. Nach der Ermordung von fünf Franzosen in Algier Anfang August sah man jedoch innenpolitischen Handlungsbedarf. Das Ausmaß der seitdem angelaufenen Jagd auf mögliche Terroristen in Frankreichs Großstädten deutet allerdings eher auf einen demonstrativen wählerwirksamen Kraftakt als auf eine sicherheitspolitisch angemessene Reaktion hin. Unter den jüngst internierten 26 Muslimen mögen potentielle Terroristen gewesen sein.⁸¹ Mit den Großbrazzianern aber werden in der Regel harmlose Einwanderer und Anti-Islamisten getroffen. Das Ziel, Unruhen präventiv im Keime zu ersticken, droht ad absurdum geführt zu werden, wenn die Algerier sich unterschiedslos Diskriminierungen ausgesetzt sehen. Beobachter befürchten zudem, daß die überzogenen französischen Maßnahmen gemäßigte Islamisten erst ins Lager der Extremisten treiben könnten.⁸² Die Polizeiaktionen treffen in der französischen Öffentlichkeit auf ein bereits vorhandenes Klima latenter Fremdenfeindlichkeit und verschaffen der verbreiteten Gleichung "Islam gleich Islamismus" und "Ausländer gleich Extremist" scheinbar neue Berechtigung.⁸³

Wie stark islamistische Tendenzen unter den Muslimen in Frankreich tatsächlich sind, ist schwer verifizierbar. Der Islam in Frankreich ist sehr heterogen und spiegelt quasi als Mikrokosmos die Gesamtheit islamischer Strömungen wider.⁸⁴ Nach einer Meinungsumfrage unter Muslimen in Frankreich bezeichneten sich immerhin 14% der Befragten als der FIS nahestehend.⁸⁵ Dennoch ist diese Gruppe eher marginal, und ihre Selbsteinordnung sagt wenig über ihre tatsächliche politische Orientierung aus. Islamistische Tendenzen stehen - wie in Algerien auch - eher psychologisch im Kontext einer Suche nach der eigenen Identität, die angesichts der schwierigen Integration in Frankreich Teile der französischen Gemeinde erfaßt hat und die sich keineswegs nur in einer Reislamisierung Ausdruck verschafft. Gerade die jugendlichen "Beurs" finden ihr neu erwachtes Selbstbewußtsein in ihren arabischen, nicht ihren islamischen Wurzeln.⁸⁶

⁷⁹ Dafür spricht auch, daß neuerdings eine erhebliche Wanderung von Algeriern nach Tunesien zu verzeichnen ist.

⁸⁰ Le Point, Nr.1130, 14.5.94

⁸¹ Beweise dafür liegen auch im Fall des Prominentesten von ihnen, Dschaafar al-Hawwari, dem Führer der "Algerischen Bruderschaft in Frankreich", die als FIS-nahe gilt, nicht vor.

⁸² Fredy Gsteiger, "Delikt: Schwarze Locken, dunkle Haut", Die Zeit, Nr.34, 19.8.94

⁸³ Rudolph Chimelli, "Frankreichs Sorgen mit den Algeriern", SZ, 16.8.94

⁸⁴ Gilles Kepel, Les banlieues de l'Islam. Renaissance d'une religion en France, Paris 1991

⁸⁵ Sondage Sofres, Le Nouvel Observateur, 2.-8.12.93

⁸⁶ Benjamin Stora, "Contre l'Islam de France, l'Intégrisme islamique" und Séverine Labat, "L'Ideologie Islamiste en France", in: Reporters Sans Frontières, a.a.O.

Der Zustrom politischer Flüchtlinge wird den Anteil islamistischer Tendenzen reduzieren, insgesamt aber zu einer stärkeren Politisierung der algerischen Gemeinde führen.

7. Perspektiven politischer Stabilität im Maghreb

Der Maghreb ist noch kein politisches Pulverfaß. Er ist aber eine tendenziell instabile Region, die von der algerischen Krise insgesamt erfaßt werden könnte, wenn mittelfristig innenpolitische Fehlentwicklungen die Legitimität der Regierungen in Marokko und Tunesien in Frage stellen.

Bisher hat sich die algerische Krise für die Nachbarn eher als nützlich erwiesen: Ben Ali und Hassan II. haben beide auf unterschiedliche Weise aus dem medienwirksam verbreiteten Schreckgespenst einer algerischen Entwicklung innenpolitischen Profit gezogen.⁸⁷

In Tunesien konnte mit dem Verweis auf das schwierige regionale Umfeld eine politische Öffnung wiederum verschoben werden und mit Blick auf Algerien ein anti-islamistischer Gesellschaftskonsens aufgebaut werden, der gleichzeitig die Position Ben Alis gefestigt hat. Der Auftrieb, den die tunesischen Islamisten durch einen algerischen Machtwechsel zweifellos erhielten, wird deshalb für sich genommen keine systemgefährdenden Ausmaße annehmen, zumal die tunesische Gesellschaft heute auch angesichts ihres relativen Wohlstandes hinreichend immun gegen islamistische Propaganda zu sein scheint. Ein Unsicherheitsfaktor ist hingegen die Armee, in deren niederen und mittleren Rängen viele Islamisten sein sollen.⁸⁸ Längerfristig wird sich ein gefährliches Konfliktpotential durch den restriktiven Umgang mit politischer Opposition aufbauen. Das Fehlen jeder politischen Alternative zu Ben Ali hat ein Vakuum erzeugt, in dem die Islamisten ein Monopol auf die politische Opposition und neue Anhänger gewinnen könnten. Und diesmal hätte man es mit einer zwangsläufig aus dem Untergrund agierenden Bewegung zu tun, für die Gewalt das einzige Artikulationsmittel sein könnte.

Auch in Marokko hat die Eskalation in Algerien innenpolitische Einigkeit erzeugt. Die optimistische Einschätzung, daß der Islamismus in Marokko immer nur eine Angelegenheit sektiererischer Randgruppen bleiben werde, durchzieht alle Parteien. In Algerien habe der politische Islam systemgefährdende Ausmaße annehmen können, weil das Land - anders als Marokko - ungeübt in pluralistischen Gepflogenheiten sei.⁸⁹

Tatsächlich sind islamistische Gruppen in Marokko bisher eine Randerscheinung geblieben. Nachdem sie im Dezember 1990 bei einem Generalstreik im Rahmen einer pro-irakischen Aktion offen aufgetreten sind, scheinen sie sich heute vor allem auf die Konfrontation mit linken Studentengruppen an den Universitäten zu konzentrieren. In viele kleine Splittergruppen zerfallen, lähmen sie sich durch ihre Rivalitäten selber. Eine wirkliche Gefahr wurden sie bislang auch deshalb nicht, weil der König neben repressiven Maßnahmen immer auch den Dialog sowohl mit prominenten marokkanischen als auch algerischen Islamisten gesucht hat. Darüber hinaus deckt die traditionalistische Istiqlal-

⁸⁷ Auch Libyen hat die algerische Krise zur Begleichung alter Rechnungen ausgenutzt. Seit 1990, verstärkt noch seit Verhängung des UNO-Embargos 1992, bekräftigt Gaddafi bei jeder Gelegenheit seine Unterstützung der Islamistenführer Belhadj und Madani. Siehe dazu Marc Jared, "Guerre en sous-sol", JA, Nr. 1717, 2.-8.12.93

⁸⁸ Spencer, a.a.O., S.14f.

⁸⁹ L'Orient-Le Jour, 19.1.93, in: AIMO 3/93

Partei weitgehend den formalisierten religiösen Bereich ab und bildet nach ihrem Eigenverständnis ein Bollwerk gegen einen radikalen Islamismus.⁹⁰

Islamistische Gruppen könnten allerdings ihren Einfluß ausbauen, wenn angesichts der gravierenden sozialen Disparitäten, der ostentative Luxus des Herrscherhauses und seine Nichtachtung koranischer Vorschriften die bisher nicht hinterfragte traditionell-religiöse Legitimität des Königs aushöhlen. Diese scheint zwar selbst heute noch die Grundlage der monarchischen Autorität zu sein, unanfechtbar macht sie den König nicht. Bisher ist es dem König vor allem dank seines taktischen Geschicks und seines Charismas gelungen, die Bindefunktion seiner religiösen Legitimität auch in Krisenzeiten zu erhalten. Seine Zukunft hängt heute entscheidend davon ab, ob es ihm gelingt, den prekären sozialen Frieden zu wahren.

Darüber hinaus ist die Stabilität des marokkanischen Herrscherhauses auch mit der Zukunft der West-Sahara verbunden. Sollte es wider Erwarten zu einer diplomatischen Lösung des Konfliktes kommen, so könnte sich die Rückkehr der 100.000 marokkanischen Soldaten aus der West-Sahara als destabilisierender Faktor erweisen, wenn es nicht möglichst schnell gelingt, diese in bisher nicht erkennbare andere Funktionen zu integrieren.

In Algerien sind die Chancen auf eine friedliche Einigung weiter gesunken. Das von Zeroual augenscheinlich favorisierte Modell einer Machtaufteilung zwischen Islamisten und den jetzigen Machthabern, das er durch ein gezieltes Auseinanderdividieren radikaler und moderater Kräfte zu erreichen versucht, dürfte zur Zeit wenig Aussicht auf Erfolg haben. Das Dialogangebot der Regierung kommt zu spät und entspricht nicht mehr den politischen Kräfteverhältnissen. Die "historischen" Führer des FIS haben die Kontrolle über die Guerilla-Gruppen der GIA verloren, die jeden Kompromiß gewaltsam torpedieren können.

Die gewalttätige Eskalation in Algerien hat die Frage aufgeworfen, wie sinnvoll eine übergangslose Systemöffnung und eine unkonditionierte Freigabe des politischen Kräftespiels in Staaten mit schwachen Zivilgesellschaften und ohne demokratische Tradition ist. Marokko und Tunesien haben grundsätzlich andere Wege gewählt, die dennoch - dies gilt insbesondere für Tunesien - ein inhärentes Konfliktpotential bergen.

Denn auf lange Sicht werden islamistische Gruppen, nicht nur in Algerien, ihren festen Platz im politischen Spektrum einnehmen. Je früher sich die Staaten dieser Realität stellen, desto eher kann die Erosion ihrer politischen Legitimität und ihrer Systeme aufgehalten werden. Eine politische Einbindung zwingt islamistische Parteien nicht nur, ihre politische Kompetenz in verantwortlicher Position unter Beweis zu stellen⁹¹, sondern verhindert zudem, daß sich Oppositionelle als politisch verfolgte Märtyrer präsentieren können. Als

⁹⁰ Dies hält sie allerdings nicht von offiziellen Kontakten mit dem FIS ab, dessen Gewaltbereitschaft sie zwar ablehnt, mit der sie aber in vielen Punkten übereinstimmt. "Nous sommes un rempart contre l'Islamisme", Interview mit dem Generalsekretär der Istiqlal, M'Hamed Boucetta, JA, Nr. 1729, 24.2-2.3.94

⁹¹ Diese Einbindung hat beispielsweise in Jordanien durchaus ihre Anziehungskraft geschwächt. Konnten islamistische Kandidaten bei den Parlamentswahlen 1989 noch 22 der 80 Sitze gewinnen, so schnitten sie bei den Wahlen im November 1993 deutlich schlechter ab und büßten vier ihrer Mandate ein.

ebenso unumgänglich wird es sich erweisen, staatsfreie unabhängige Artikulationskanäle zuzulassen. Die Gesellschaften sind durch das Aufbrechen des staatlichen Informationsmonopols transparenter, aber auch anfälliger geworden. Eine starke Zivilgesellschaft ist auf Dauer gesehen die beste Versicherung gegen ein gewaltsames Auseinanderbrechen der Gesellschaften.

Redaktionsschluß des Manuskriptes: Dezember 1994

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

AIMO	Aktueller Informationsdienst Moderner Orient
AMU	Arabische Maghreb-Union
BIP	Bruttoinlandsprodukt
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FFS	Partei der kabyllischen Berber
FIS	Front Islamique du Salut
FLN	Front de Libération Nationale
FR	Frankfurter Rundschau
GIA	Groupe Islamique Armé
IWF	Internationaler Währungsfond
JA	Jeune Afrique
MIA	Mouvement Islamique Armé
MTI	Mouvement de la Tendance Islamique
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OMDH	Organisation Marocaine des Droits de l'Homme
RCD	Rassemblement pour la Culture et la Démocratie (für Algerien) bzw. Rassemblement Constitutionnel Démocratique (für Tunesien)
RNI	Rassemblement National des Indépendents
SZ	Süddeutsche Zeitung

Die Autorin

Daniela Neuenfeld-Zvolsky, geb. 1962. 1984-1992 Studium der Islamwissenschaft, Politologie, Mittleren und Neueren Geschichte in Bonn. Promoviert zur Zeit über die gesellschaftlichen Transformationsprozesse im Maghreb.